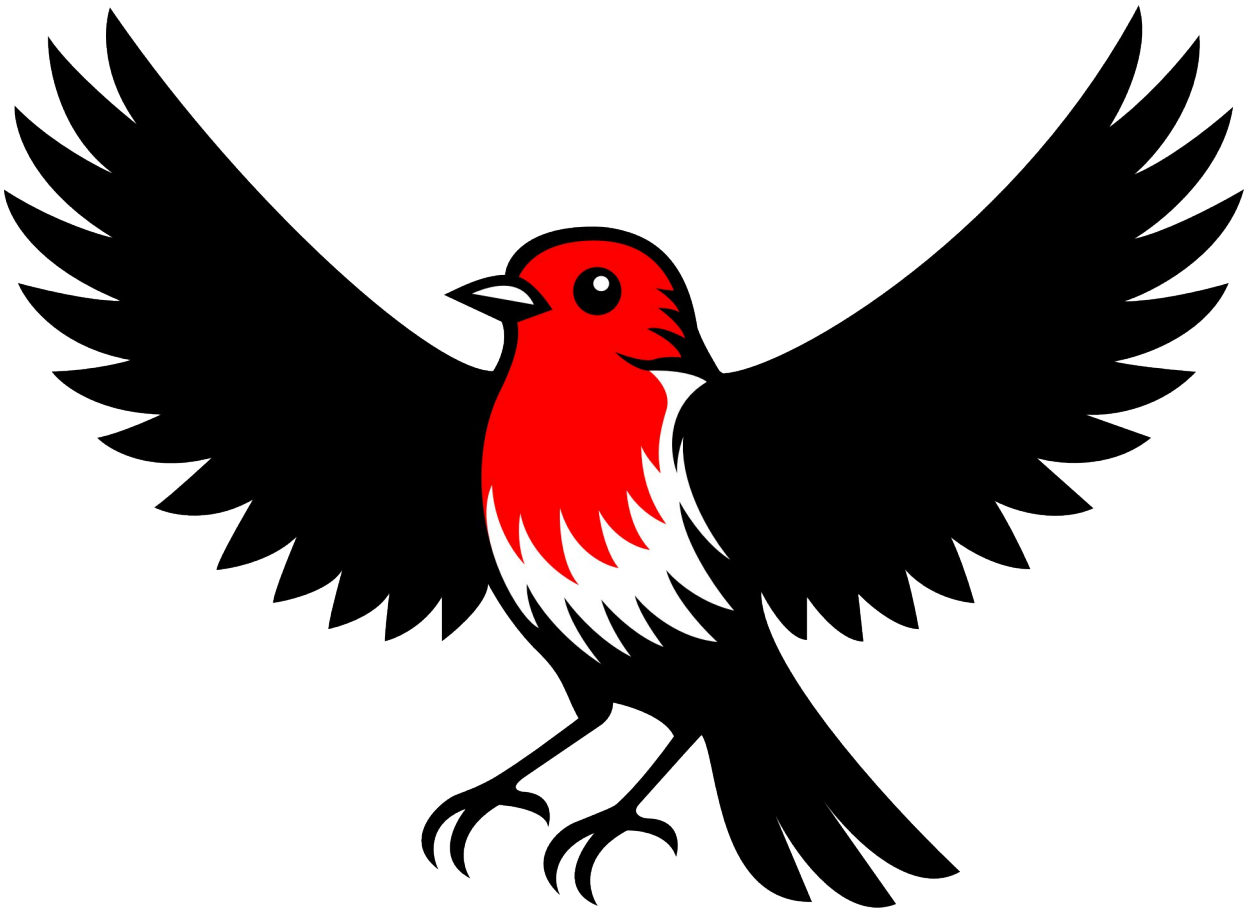
Programmatische Thesen

Kommunistische Union, August 2026 (V.1.0.2)



Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung 3

II. Philosophische Grundlagen 4

III. Ökonomie 7

IV. Staat 16

V. Imperialismus 21

VI. Geschlechterverhältnisse 26

VII. Kommunismus, Sozialismus, Transformationsstrategie 34

VIII. Allgemeine Strategie 42

Änderungen

Version 1.0.1: Text- und Formatfehler berichtigt

Version 1.0.2: Text- und Formatfehler berichtigt

I. Einleitung

Dies sind die programmatischen Thesen der Kommunistischen Union. Sie bilden die verbindliche theoretische Grundlage, welche vorerst die Einheit unserer Organisation darstellen. Zugleich stellen sie allen Interessierten unsere Analyse der Verhältnisse, in denen wir leben, unsere Transformationsstrategie, das Ziel unseres Wirkens sowie die allgemeine Strategie unseres Ansatzes vor. Der Fokus der Thesen liegt auf der Darlegung der logischen Zusammenhänge und Erklärungen, während jeweils zum Abschluss eines Kapitels kurz auf die historische Entwicklung eingegangen wird.

Die nun vorliegende erste Version unserer programmatischen Thesen haben wir in Monaten intensiver Arbeit sowie produktiver Diskussionen erstellt. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Dokument nicht nur uns selbst Orientierung bieten kann, sondern auch unserer Tendenz wichtige Anregungen liefert und so zu neuer Klarheit beitragen kann.

Wir freuen uns sehr, wenn ihr die Thesen diskutiert, uns auf sicherlich noch vorhandene Leerstellen hinweist und mit uns über das Geschriebene kritisch ins Gespräch kommt. Wir werden in der Zukunft aktualisierte Versionen des Dokuments veröffentlichen, die euren Anregungen, eurer Kritik und unserer Entwicklung Rechnung tragen.

Die Veröffentlichung der Thesen markiert zugleich die offizielle Gründung unserer Organisation. Wenn euch das, was ihr hier lest, überzeugt und euer Interesse weckt, auf ähnliche Weise wie wir aktiv zu werden, zögert nicht, uns zu kontaktieren oder anzusprechen. Wir sind offen dafür, mit allen Genossinnen und Genossen über eine zukünftige Zusammenarbeit ins Gespräch zu kommen – sei es lokal bei uns in Dortmund oder überregional.

Lasst uns zu einem wirksamen Bestandteil des Aufbaus von Gegenmacht werden. Die kommenden Jahrzehnte werden zum Prüfstein unseres Weges. Gehen wir ihn gemeinsam – mit Entschlossenheit und Tatendrang.

II. Philosophische Grundlagen

1. Es gibt eine objektive Realität, die grundsätzlich erkennbar ist – sowohl im Hinblick auf die Natur als auch auf gesellschaftliche Zusammenhänge. Die objektiven Naturgesetze können wir ermitteln, um uns diese zunutze zu machen. Auch gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten sind erkennbar. Diese sind jedoch stets historisch bedingt und können durch die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse selbst verändert werden. Es ist ferner zwischen objektiven Tatsachen und ihrer subjektiven Wahrnehmung zu unterscheiden.

   1.1. Erkenntnis verlangt, die innere Logik eines Gegenstandes zu ermitteln, um dessen objektive Gesetzmäßigkeiten zu verstehen und sich so der konkreten Vielfalt der Wirklichkeit anzunähern. Es gibt dabei keine äußere Universalmethode zur Erkenntnis, die man nur anzuwenden hätte. Es ist aber durchaus möglich, falsche und richtige Erklärungsansätze zu unterscheiden – je nachdem, inwieweit diese mit dem zu erklärenden Gegenstand übereinstimmen. Ein Begriff muss dabei stets offen bleiben für Korrekturen und Erweiterungen durch neue Erkenntnisse und Entwicklungen.

   1.2. Grundlage sind die realen gesellschaftlichen Bedingungen. Ihr Anspruch ist es, die objektive, in der Außenwelt tatsächlich vorhandene und nicht nur im Bewusstsein existierende Wirklichkeit zu erklären (Materialismus). Bestehende materielle Reproduktions- und Verkehrsformen spielen eine zentrale Rolle, um die Gesellschaft und die in ihr vorhandenen Ideologien zu verstehen. Das Gegenteil hiervon ist es, ein Ideal einer Sache zu formulieren – in der Regel das eigene Ideal von Gerechtigkeit – und nun eine Abweichung von diesem gewünschten Ideal festzustellen – also zu sagen, wie es sein sollte, aber leider nicht ist (Idealismus). Hieraus kann keine Erkenntnis folgen, außer eben jenes Auseinanderklaffen von Ideal und Wirklichkeit. Es kommt aber darauf an, die Notwendigkeiten innerhalb der Gesellschaft zu ergründen, die zu der vorgefundenen Realität führen.

   1.3. Dies ist jedoch kein Selbstzweck. Kritische Gesellschaftstheorie möchte die Ursachen sozialer Missstände verstehen, *um diese praktisch abzuschaffen*. Insofern bleibt der letzte Prüfstein für unsere theoretische Erkenntnis stets die tatsächliche praktische Umsetzung. Die reale Situation ist also Ausgangspunkt der Betrachtung und die praktische Veränderung dieser Situation das Ziel einer jeden theoretischen Auseinandersetzung. Soziale Kämpfe und die von ihnen hervorgebrachten Veränderungen waren und sind dabei eine maßgebliche Quelle von Erkenntnis.

1.4. Die Interessen der Lohnabhängigen und des Kapitals stehen sich antagonistisch gegenüber. Der Ausgang ihrer Auseinandersetzungen ist keine theoretische, sondern eine praktische Frage, die durch die konkreten Kräfteverhältnisse entschieden wird. Insofern gibt es keinen historischen Determinismus. Dass eine ökonomische Situation bestimmte Gedanken nahelegt, heißt nicht, dass Menschen zwangsläufig so denken müssen; dass die Dynamik des Kapitals bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgt, heißt nicht, dass bestimmte Ergebnisse zwingend eintreten. Subjektivität, also Wille und Bewusstsein der Handelnden, ist organisiert eine materielle Kraft und eine unerlässliche Bedingung zur praktischen Veränderung der sozialen Realität.

2. Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, aus der Vielzahl empirischer Erscheinungen, die Gegenstand der Wahrnehmung der Menschen sind, deren inneren Zusammenhang (in Form von Abstraktionen) und die objektiven Gesetzmäßigkeiten (Notwendigkeiten) zu ermitteln.

2.1. Die bürgerliche Wissenschaft führt (auch) zu objektiven Erkenntnissen und hat so das Wissen der Menschheit und die Möglichkeiten zur Gestaltung der Welt revolutioniert. Insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften ist jedoch häufig bereits Zweck und Fragestellung der empirischen Forschung von einer Parteilichkeit zugunsten der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt. Deren Aufrechterhaltung wird also vorab als Zweck implizit vorausgesetzt und hiervon ausgehend die eigene Forschung betrieben. Mitunter werden Probleme nicht erforscht, wenn diese keine (mittelbar) profitable Verwertbarkeit versprechen, und bestimmte Wahrheiten werden nicht ausgesprochen, wenn sie den Herrschaftsinteressen der Bourgeoisie zuwiderlaufen. Trotz dieser Beschränkungen ist es unerlässlich, die Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen und in kritischer Auseinandersetzung mit dieser die eigene Theoriebildung voranzutreiben.

2.2. Alle Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, sammeln tagtäglich Erfahrungen mit ihren Verhältnissen. Diese Erfahrungen der Massen stellen ein entscheidendes Mittel der Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität dar. Jedoch folgt aus solchen Unterdrückungserfahrungen keineswegs automatisch, dass deren Ursachen und Zusammenhänge richtig erkannt werden – das wäre Subjektivismus. Die wissenschaftliche Aufgabe besteht folglich darin, diese Erfahrungen zu systematisieren und theoretische Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Dies soll nicht als Tätigkeit einer getrennten Kraft verstanden werden, die diese Aufgabe für die Massen über-

nimmt – das wäre Paternalismus. Vielmehr müssen diejenigen, die sich ihr widmen, den Anspruch haben, als Teil der Massen zu deren Selbstaufklärung beizutragen.

3. Aus alledem folgt zugleich, dass wir keinem Dogmatismus folgen. Wir sehen uns in der Tradition des anarchistischen Kommunismus sowie Plattformismus und Especifismo. Treffende Analysen und Bestimmungen der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft finden sich jedoch vielfach auch im marxistischen Spektrum und dienen uns ebenso als Grundlage unserer Erkenntnis. Gleichermaßen greifen wir auch inhaltlich richtige Erklärungen bei liberalen oder reaktionären Autoren[1] auf, sofern diese im konkreten Fall zutreffen.

[1] Dieser Text nutzt das generische Maskulinum, um alle Menschen zu inkludieren. Wir betrachten die Fokussierung auf das Gendern als Verengung, die gesellschaftliche Widersprüche als ein Problem der Sprache verklärt. Um die Zugänglichkeit und Lesbarkeit ohnehin komplexer Themen zu wahren, verzichten wir daher auf Sprachreformen, die für unsere Thesen, die allgemeine Zusammenhänge darlegen und niemanden unmittelbar adressieren, keinen nennenswerten Mehrwert liefern.

III. Ökonomie

1. Überhistorisch ist konkrete Arbeit Grundlage jeder Ökonomie – unabhängig von der gesellschaftlichen Organisation. Sie ist die Mühe, die verrichtet werden muss, um nützliche Dinge (Gebrauchswerte) für die anschließende gesellschaftliche Verwendung herzustellen. Demgegenüber ist die Organisation dieser Arbeit und die Verwendung der erzeugten Produkte von der jeweiligen Gesellschaftsform abhängig.

2. Gegenwärtig leben wir in einer kapitalistischen Gesellschaft. In dieser wird die erforderliche Arbeit privat verrichtet, das heißt durch getrennte wirtschaftliche Einheiten. Ein gesellschaftliches Moment kommt erst durch den anschließenden Austausch der Arbeitsprodukte herein, die dabei Privateigentum sind.

   2.1. Es herrscht Privateigentum an Dingen, durch die der Mensch seine Bedürfnisse befriedigen kann (*Waren*).[2] Waren haben einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Dass Dinge einen Gebrauchswert aufweisen, ist deren überhistorische Eigenschaft. Waren lassen sich auch gegeneinander tauschen, weshalb sie in einem quantitativen Verhältnis zueinander stehen, dies ist der Tauschwert.

   2.2. Der *Wert* ist dabei das nötige gemeinsame Dritte, welches alle Waren miteinander vergleichbar macht. Es handelt sich beim Wert um ein rein gesellschaftliches Verhältnis: Er ist keine Eigenschaft einer einzelnen, isoliert betrachteten Ware, sondern zeigt sich erst in ihrer Beziehung zu anderen Waren und ist daher auch nur relativ – im Wertverhältnis zu anderen Waren – darstellbar.

   2.3. Die Produktion findet als *private* Arbeit von Privateigentümern organisiert statt und ist insoweit ein Chaos. Die Gesellschaftlichkeit dieser Vielzahl von Privatproduzenten wird durch den Wert hergestellt. Ob die produzierte Ware einen Wert hat, stellt sich erst im erfolgreichen oder fehlgeschlagenen Austausch der Waren auf dem Markt heraus. Der Wert entsteht also nicht isoliert in der Produktion oder im Austausch (Zirkulation), sondern hat als ein gesellschaftliches Verhältnis sowohl die Produktion als auch die Realisierung in der Zirkulation zur Bedingung. Dies hat die *politische* Konsequenz, dass es nicht genügt, in der Produktion kapitalistische Erscheinungen abzuschaffen (z.B. durch Genossenschaften). Solange diese weiterhin Werte auf dem Markt austauschen und miteinander konkurrieren, bringt dies

[2] Wichtig zu betonen ist dabei, dass der Warentausch nicht einfach die (überhistorische) Vermittlungsform gesellschaftlicher Arbeit ist, wie er von der (neo)klassischen Theorie betrachtet wird, sondern vielmehr Ausdruck einer spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit.

notwendig kapitalistische Strukturen hervor, die wiederum auf den Bereich der Produktion zurückwirken.

2.4. Aus alledem folgt, dass es eine gemeinsame gesellschaftliche Substanz geben muss, in der der Wert der Waren besteht. Diese Substanz ist die in ihnen verkörperte abstrakt menschliche Arbeit, soweit diese im erfolgreichen Austausch als *gesellschaftlich notwendig* anerkannt wird. Das quantitative Maß des Wertes ist folglich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

2.5. Damit der Warentausch zu einer Institution werden kann, die nicht nur vereinzelt und zufällig auftritt, sondern systematisch den Zusammenhang zwischen isolierten Produzenten herstellt, braucht es eine reale Ware als allgemeines Äquivalent, als Ausdruck des Wertes: dem *Geld*. Geld stellt die unbewusste und planlose Vergesellschaftung von Arbeit vermittels des Marktes her: Dies geschieht somit nach der Produktion und gibt Auskunft, welche Arbeit gebraucht wird oder wurde und welche nicht. Die Produktion einer Ware erfolgt dabei lediglich, damit diese Ware verkauft werden kann, um den Wert in Geld zu realisieren und so Zugriff auf andere Waren zu erhalten, also andere fremde vergegenständlichte Arbeit.

2.6. Daraus, dass Geld den gesellschaftlichen Zusammenhang herstellt, erklärt sich zugleich, dass in dieser Gesellschaft jedes noch so absurde – aber zahlungsfähige – Bedürfnis eine theoretische Möglichkeit der Befriedigung hat, während jedes noch so rationale und lebensnotwendige Bedürfnis keine Chance hat, wenn es nicht zahlungsfähig ist.

3. Durch das Privateigentum gibt es eine wesentliche Trennung in Kapitalisten, die Eigentum an Produktionsmitteln haben, und lohnabhängige Menschen, die eigentumslos sind und daher nur ihre Arbeitskraft verkaufen können. Letztere haben keine andere Möglichkeit einer regulären und praktisch zumutbaren Einkommensquelle und müssen daher für die Kapitalisten arbeiten.

4. Kapitalisten investieren Geld, um einen *Profit* zu erzielen, also mehr Geld einzunehmen als sie vorgeschossen haben. Wo liegt der Ursprung dieses Profits, also des Überschusses an Wert? Zwar kann der einzelne Kapitalist auch Profit machen, indem er besonders geschickt verhandelt oder andere betrügt. Hierbei ist aber der Gewinn des einen notwendig der Verlust des anderen, sodass lediglich vorhandener Wert umverteilt wird. Profit ist aber kein Ausnahmefall geschickter Einzelner, sondern ein allgemeines und dauerhaftes Phänomen. Als solches kann es nicht durch Umverteilung erklärt werden. Es muss daher eine Erklärung für die systematische Entstehung von Profit geben, unter

der Prämisse, dass die Waren zu ihrem Wert getauscht werden (Äquivalententausch). Diese Erklärung liefert die begriffliche Kategorie des Mehrwerts, der seine Grundlage in der besonderen Natur der Ware Arbeitskraft hat. Der empirische Ausdruck des Mehrwerts in verwandelter Form ist insbesondere der Profit.

4.1. Einzig die Ware Arbeitskraft besitzt den spezifischen Gebrauchswert, durch ihre Anwendung Quelle von Wert zu sein. Die Arbeit weist einen Doppelcharakter auf: Als konkrete Arbeit stellt sie die konkret nützlichen Dinge her, betrachtet vom Standpunkt des Gebrauchswertes. Als abstrakte Arbeit, bei der von der konkreten Tätigkeit abstrahiert wird, bildet sie den Wert, und erhält diese Form erst im gesellschaftlichen Moment des Austausches. Hierdurch wird auch deutlich, dass der Wert also kein Synonym für den stofflichen Reichtum einer Gesellschaft ist, sondern ein kritischer Begriff, da er betont, dass in der kapitalistischen Gesellschaft allein die akkumulierte abstrakt-menschliche Arbeit als Maßstab des Reichtums gilt.

4.2. Wenn der Kapitalist die Ware Arbeitskraft zu ihrem Wert einkauft, geht es ihm um deren Potenz, Werte herzustellen und den hierin liegenden qualitativen Unterschied zu allen anderen Waren. Dies ist das Wesensmerkmal der Ausbeutung, welches sich quantitativ in der Differenz des Wertes der Arbeitskraft, also der notwendigen Arbeitszeit, und dem tatsächlich geschaffenen Wert in der gesamt geleisteten Arbeitszeit ausdrückt (Mehrwert). So erfolgt die systematische Aneignung des durch Lohnarbeit erzeugten Mehrwerts, indem Freiheit und Gleichheit in der Zirkulation garantiert sind und zugleich von der Ungleichheit in der Produktion abstrahiert wird.

4.3. Der Wert der Ware Arbeitskraft (deren empirischer Ausdruck der Arbeitslohn ist) bestimmt sich dabei durch die Kosten ihrer gesellschaftlich notwendigen Reproduktion.

4.3.1. Der Wert der Ware Arbeitskraft hat dabei keine fixe Größe. Es gibt kein allgemeingültiges Niveau, das für die Reproduktion erforderlich ist. Hinsichtlich der Arbeitszeit ist es das Interesse und Recht[3] des Kapitalisten, den Arbeiter möglichst lange arbeiten zu lassen, während der Arbeiter einen möglichst hohen Lohn will. Insoweit treffen zwei gleiche Rechte aufeinander und es ist eine Frage der Gewalt in Form des Klassenkampfes, welches sich durchsetzt. Zudem bestimmt sich das Reproduktionsniveau auch nicht allein im Tausch auf der Zirkulationsebene (also

[3] Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer der Arbeitskraft auf möglichst lange Nutzung, der Arbeiter sein Recht als Verkäufer auf Begrenzung des Arbeitstags.

im Lohn), sondern auch durch politische Verteilungskämpfe (sozialstaatliche Maßnahmen wie Kindergeld, Wohngeld, etc.).

4.3.2. Die Reproduktion der Arbeitskraft erfolgt meist nicht durch isolierte Individuen, sondern kollektiv – ihr klassischer sozialer Ort ist die Familie. Dabei ist der Reproduktionsaufwand zum Erhalt der Familie in aller Regel höher als es sich im Wert der Ware Arbeitskraft ausdrückt. Der Rest wird durch Reproduktionsarbeit aufgefangen (Hausarbeit, Subsistenzwirtschaft etc.), die Voraussetzung jeder kapitalistischen Produktion ist. Hinsichtlich der Reproduktionsarbeit ist zu unterscheiden zwischen dem Aufwand – der in Zeiteinheiten zu messen ist – und den Kosten – die in Geldeinheiten zu messen sind. Denn anders als Lohnarbeit liegt Reproduktionsarbeit nicht in der Form von Privateigentum vor und dementsprechend folgt aus ihr auch nicht die Möglichkeit, wiederum Zugriff auf andere fremde Arbeit zu erhalten. Daher erfüllt diese auch nicht das entscheidende Kriterium, um in dieser Gesellschaft als Wert zu gelten: Sie dient nicht unmittelbar der Vermehrung von Privateigentum. Sie ist demnach trotz ihres enormen Gebrauchswertes *wertlos*. Daher gibt es auch hinsichtlich der Reproduktionsarbeit keine „gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit“, diese wird nicht durch Konkurrenz auf dem Markt rationalisiert.

4.3.3. Nicht die Biologie erzeugt die Wertlosigkeit, sondern die Form der Privatarbeit im Kapitalismus. Dass diese historisch meist Frauen trifft, ist eine zusätzliche patriarchale Strukturierung, die „Wertlosigkeit“ folgt jedoch aus der ökonomischen Form (Nicht-Vermehrung von Privateigentum).

5. Geld als Kapital ist damit Kommandogewalt über die private Arbeit: Es entscheidet, welche Arbeit überhaupt verausgabt wird, in welchem Umfang und zu welchem Zweck. Es ist das Mittel der privaten Macht über die Produktion. Der Drang zur Verwertung ist dabei maßlos, da das Kapital kein zu viel oder außer sich stehendes Maß kennt.

5.1. Um das maßlose Bedürfnis nach einer erhöhten Mehrwertrate zu befriedigen, gibt es für den Einzelkapitalisten im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: Er kann die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Wert der Arbeitskraft und so die Mehrarbeitszeit verlängern (Steigerung des *absoluten Mehrwertes*). Dies kann durch eine Erhöhung der absoluten Stunden oder auch eine Intensivierung der Arbeit erfolgen, hat aber zwangsläufig seine natürliche Grenze[4]. Als weitere Möglichkeit bleibt dem

[4] Allerspätestens in den 24 Stunden des Tages, jedoch benötigt der Arbeiter auch Ruhe, Nahrung, Pflege etc. zum Erhalt der Arbeitskraft.

Kapitalisten die Steigerung der Produktivität der Arbeit in *seinem* Betrieb: Beträgt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für ein Produkt bislang zehn Stunden und er kann dasselbe Produkt von nun an in acht Stunden produzieren und zu gleichbleibenden Preisen verkaufen, erzielt er einen *Extramehrwert*. Zugleich erhöht er so seinen Produktionsumfang und der naheliegende Schritt zum Absatz der erhöhten Anzahl an Produkten ist nun eine Preissenkung, sodass das Produkt unter dem bisherigen Wert verkauft wird. Dadurch müssen andere Kapitalisten, die ein vergleichbares Konkurrenzprodukt anbieten, ebenfalls die Produktivität steigern, um ebenfalls zu einem niedrigeren Preis verkaufen zu können (*Zwangsgesetze der Konkurrenz*). Daneben gibt es weitere Möglichkeiten zur Senkung der Preise, wie eine Verschlechterung der Qualität der Input-Produkte, geplante Obsoleszenz etc. Unabhängig vom Einzelkapital kann schließlich auch der Wert der Arbeitskraft sinken, zum Beispiel indem die für die Reproduktion notwendigen Waren etwa aufgrund von Produktivkraftsteigerungen[5] insgesamt billiger werden. All dies sind Beispiele für die Steigerung des *relativen Mehrwerts*.

5.2. Aus der Konkurrenz und dem maßlosen Streben nach gesteigerten Mehrwert- und Profitraten folgt eine enorme Steigerung der Produktivkräfte, die ständig ausgebaut und verbessert werden. Der Produktionsprozess selbst wird Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und ständig revolutioniert. Dies erfolgt dabei jedoch nur zum Zweck der Steigerung des Profits und führt aus sich heraus nicht dazu, dass die zu verrichtende Arbeit für die Lohnabhängigen weniger oder angenehmer würde. Im Gegenteil richten sich großflächige Steigerungen der Produktivkräfte auch regelmäßig gegen die Lohnabhängigen, da sie ersetzt werden und ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn der Wert einer Maschine geringer ist als der Wert der Arbeitskraft. Zugleich erklärt dies, warum etwa in Regionen, in denen der Wert der Arbeitskraft für das Kapital enorm gering ist, mit alten oder gar ganz ohne moderne Maschinen produziert wird.

5.3. Diesen Zwangsgesetzen der Konkurrenz geht für den einzelnen Kapitalisten jedoch auch voraus, dass er sich das Interesse, Profit zu erzielen, setzt und erst in einem *zweiten* Schritt treten ihm die Bedingungen hierfür als äußere Notwendigkeiten („Sachzwänge“) gegenüber. Der Lohnarbeiter hat hingegen keine vergleichbare Freiheit, sich das materielle Interesse zu setzen. In diesem Punkt liegt ein wesentlicher Umstand des Klassenunterschiedes.

---

[5] Zum Beispiel billigere Lebensmittel.

6. Aus alledem ergibt sich, dass pausenlos *Klassenkampf* herrscht. Die Lohnabhängigen sind keine bloß passiven Objekte des Kapitalprozesses. Vielmehr organisieren sie sich, führen Kämpfe und gestalten dabei aktiv die Entwicklung der Gesellschaft mit. Klassenkämpfe setzen der rein destruktiven Tendenz der Kapitalverwertung Schranken. Da der Wert der Arbeitskraft ein „historisches und moralisches Element" enthält, sind Errungenschaften wie die Verkürzung der Arbeitszeit, das öffentliche Gesundheitswesen oder emanzipatorische Rechte das Ergebnis vergangener Auseinandersetzungen, also dem Kapital abgetrotzte Bedingungen, die den Lebensstandard der Lohnabhängigen innerhalb der kapitalistischen Form überhaupt erst ermöglicht haben.

7. Kapitalisten und Lohnabhängige sind die beiden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind bestimmt durch ihre objektive Stellung im Produktionsprozess (Besitz bzw. Nichtbesitz von Produktionsmitteln). Eine *rein* empirische Sozialanalyse, die die konkreten Umstände der Arbeitsverhältnisse, die Einkommenshöhe, Lebensstil oder Habitus untersucht, kann die grundlegende Klassenstruktur nicht erklären und stets nur die Grundlage für die Klassenanalyse bilden.

   7.1. Die Lohnabhängigen sind als objektive Negation des Kapitals diejenige Klasse, die auch dessen Aufhebung bewerkstelligen kann. Dies folgt aus deren materieller Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess; als Objekt der Ausbeutung sind sie ein Kostenfaktor des Kapitals, das den gesellschaftlichen Reichtum herstellt und von diesem zugleich durch das (fehlende) Eigentum ausgeschlossen sind. Als Subjekte des Produktionsprozesses haben sie jedoch auch zum einen die Macht, die Kapitalakkumulation zu unterbrechen und auch aufzuheben. Zum anderen können sie durch die Aneignung der Produktionsmittel den Produktionsprozess qualitativ verändern und in den Dienst der Bedürfnisse stellen. Um dies zu bewerkstelligen, müssen sie ein Bewusstsein ihrer Lage erlangen und sich organisieren, sich also von der Klasse *an sich* zur Klasse *für sich* entwickeln.

   7.2. Es gibt in der Gesellschaft formal Lohnabhängige, die auf Grund ihrer konkreten Arbeit sowie ihrer Funktion für das und daher im Verhältnis zum Kapital eine besondere Stellung einnehmen können (konkret etwa Unternehmensberater, Juristen, akademisches Personal etc.): Sie sind zwar selbst Objekte von Ausbeutung, eignen sich jedoch zugleich über eine Knappheitsrente[6] fremdproduzierten Mehr-

[6] Eine Knappheitsrente ist der Einkommensbestandteil, der nicht aus eigener wertschaffender Arbeit, sondern aus der strukturellen oder institutionellen Verknappung des Zugangs zu einem verwertungsrelevanten Faktor (etwa Bildungstitel, Zulassungen, Patente) stammt. Sie speist sich folglich aus der Umverteilung anderswo produzierten

wert an. Ihre gesellschaftliche Macht beruht nicht auf dem Eigentum an Produktionsmitteln, sondern auf der strukturellen Monopolisierung von institutionalisiertem Wissen sowie der Ausübung delegierter Kontroll- und Reproduktionsfunktionen über die Arbeiterklasse. Aus dieser Stellung ergibt sich die von der übrigen Arbeiterklasse abweichende Interessenlage der sogenannten Professional-Managerial Class („PMC“).

7.3. *Kleinbürger* hingegen haben Privateigentum an Produktionsmitteln, übernehmen jedoch wesentliche Teile der konkreten Arbeit: Sie sind ihr eigener Kapitalist und eigener Lohnarbeiter, da sie den Mehrwert extrahieren, indem sie sich als Arbeiter behandeln, der seinem eigenen „Kapital“ gegenübersteht. Damit ein Besitzer von Produktionsmitteln durch Angestellte zum Kapitalisten wird, muss die von ihm angeeignete Masse an Mehrwert groß genug sein, um ihm erstens ein Leben ohne diese konkrete Arbeit zu ermöglichen und zweitens die Akkumulation (Erweiterung) zu garantieren. Sie stehen daher zwischen den Klassen, da in ihnen vereinigt ist, was die Klassen trennt.

7.4. Sowohl Kleinbürger als auch alternative Organisationsformen wie Genossenschaften stehen in Konkurrenz zu Kapitalisten und unterliegen denselben Marktzwängen zur Akkumulation. In Genossenschaften wird Mehrwert kollektiv produziert und kollektiv angeeignet – die Mitglieder sind ihre eigenen Kapitalisten. Der Akkumulationszwang schlägt in beiden Fällen nach innen: Er drückt sich in selbstauferlegter Mehrarbeit, gedrückter Eigenentlohnung und Internalisierung der Konkurrenzgesetze aus.

8. Die kapitalistische Ökonomie bringt notwendig *Krisen* hervor, da diese der Mechanismus sind, durch den die internen Widersprüche der kapitalistischen Produktion gewaltsam, temporär gelöst werden, um die Fortsetzung der Akkumulation zu ermöglichen.

8.1. Die Krise ist die gewaltsame Auflösung des Widerspruchs zwischen der unbegrenzten Expansionslust des Kapitals und der beschränkten zahlungsfähigen Nachfrage. Das Geld spielt dabei eine doppelte Rolle: Da Kauf und Verkauf zeitlich auseinanderfallen können, ist im Geld selbst schon die Möglichkeit angelegt, dass der Zirkulationsfluss stockt – wer verkauft hat, muss nicht sofort wieder kaufen. Das Erfordernis des Profits zwingt das Kapital dazu, über seine eigenen Schranken hinaus zu expandieren. Der Kredit fungiert hierbei als Hebel, der künftigen Mehrwert bereits als „vorgeschossenes Kapital“ behandelt und zur Verfü-

---

Mehrwerts und ist analog zur Bestimmung der Grundrente gebildet.

gung stellt. Er ist somit eine systematische Spekulation auf gelingende Ausbeutung. In der Krise bricht dieses Kreditgebäude zusammen, sobald sich herausstellt, dass die immanente Schranke des Marktes (die mangelnde Zahlungsfähigkeit) die Realisierung der vorweggenommenen Profite unmöglich macht. Die Krise synchronisiert somit gewaltsam die fiktiven Ansprüche des Finanzkapitals mit der realen Verwertungssituation.

8.2. Die Krise dient als notwendiges Instrument zur Entwertung und Vernichtung von Kapital (Beseitigung von Überakkumulation). Nur durch diesen destruktiven Prozess werden die Bedingungen für eine erneute Verwertung auf veränderter Stufe wiederhergestellt, womit die Krise die spezifische Bewegungsform des Kapitals selbst darstellt.

9. Rolle der Natur – Die Natur ist notwendige Bedingung der Arbeit und der Produktion, doch zugleich ist diese inhärent *wertlos*.

9.1. Staatliche Gewalt setzt das Privateigentum an Grund und Boden und schafft so die Möglichkeit, dass der Eigentümer am gesellschaftlich produzierten Mehrwert in Form der Grundrente[7] partizipiert. Jede Produktion setzt Naturstoffe voraus. Doch als gesellschaftlicher Reichtum gilt vom Standpunkt des Kapitals und damit in dieser Gesellschaft nur das, was der Verwertung von Wert dient. Die Natur ist daher eine „Gratisgabe“, an der sich das Kapital bedient und diese daher tendenziell rücksichtlos vernutzt.

9.2. Zwar können Staaten versuchen, eben dieser Vernutzung qua ihrer Gewalt einen Preis zu geben (zum Beispiel „C02-Zertifikate“) und diese so zu reduzieren. Dies funktioniert jedoch stets nur unter dem permanenten Widerspruch, dass die Staaten auch gerade auf eine funktionierende Kapitalakkumulation als Grundlage ihres Handelns angewiesen sind. Dieser Widerspruch verhindert daher eine konsequente Eindämmung einer umwelt- und klimaschädlichen Produktion.

10. Der Kapitalismus hat sowohl historisch als auch gegenwärtig permanent Gewalt als seine Grundlage und revolutioniert die gesellschaftlichen Verhältnisse ununterbrochen.

10.1. Das Kapitalverhältnis setzt voraus, dass auf der einen Seite Eigentümer von Produktionsmitteln, auf der anderen freie Lohnarbeiter stehen. Diese Trennung ist nicht naturwüchsig entstanden, sondern Resultat eines historischen Scheidungs-

[7] Die Rente ist ein Stück des im Produktionsprozess erzeugten Mehrwerts, das der Grundeigentümer kraft seines Monopols an Grund und Boden abschöpft, ohne selbst Wert zu schaffen.

prozesses, der *ursprünglichen Akkumulation*: Die Produzenten wurden durch Bauernvertreibung, Einhegungen, Kolonialraub und Strafgesetzgebung gewaltsam von ihren Produktionsmitteln getrennt. Die Gewalt ist hier nicht bloß äußerer Begleitumstand, sondern selbst ökonomische Potenz, durch die die kapitalistische Produktionsweise erst gesetzt wird. Dieses gewaltsame Element bleibt dem Kapitalverhältnis dauerhaft eingeschrieben, etwa in der fortlaufenden Enteignung und gewaltvollen Akkumulation im globalen Süden.

10.2. Der Kapitalismus gestaltet nicht nur die Produktivkräfte, sondern sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend um, mobilisiert ganze Bevölkerungen, setzt sie buchstäblich in Bewegung, zwingt die Menschen, ihr Verhalten und ihre Denkweisen permanent neuen Bedingungen anzupassen.

IV. Staat

1. Allgemein ist der Staat eine nach innen und außen souveräne, von der Gesellschaft abgetrennte und über ihr stehende Zwangsgewalt. Mit dieser Gewalt verpflichtet er seine Bürger auf einen verbindlichen Zweck, der dabei im Sonderinteresse einer herrschenden Klasse[8] bzw. in einem Allgemeininteresse[9] liegen kann. Die Durchsetzung erfolgt dabei stets auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit (*Klassencharakter* des Staates).

2. Alle Staaten haben gemein, dass sie als grundlegende Bedingung auf die Einnahme von Abgaben als Grundlage ihrer Handlungsfähigkeit und eigenen Reproduktion angewiesen sind. Bei modernen Staaten erfolgt dies nahezu ausschließlich in Form von *Geld*.

   2.1. Bei Staaten mit einer funktionierenden inländischen Kapitalverwertung geschieht dies auf Grundlage der eigenen nationalen Kapitalakkumulation. Die finanziellen Mittel des Staates sind im Wesentlichen Steuermittel und weitere Abzüge aus dem kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess. Der Staat ist in seiner Existenz und auch in seinen sozialen oder infrastrukturellen Maßnahmen darauf angewiesen, dass der Verwertungsprozess erfolgreich verläuft. Zwar erfolgt das Handeln des Staates regelmäßig auf Grundlage von Schulden (kreditfinanziert), um die Bedingungen erfolgreicher kapitalistischer Akkumulation aufrechtzuerhalten. Auch soll die gegenwärtige Verwertung durch erhöhte Steuern nicht zu stark belastet werden, da es sich bei dem vom Staat eingezogenen Geld um Unkosten, also Abzüge vom akkumulierten Reichtum, handelt. Zugleich erfolgt das kreditfinanzierte Handeln nur reibungslos, solange der Staat auf eine erfolgreiche Akkumulation und die Kreditgeber daher an produktive Schulden glauben.

   2.2. In Staaten, in denen keine funktionierende *nationale* Kapitalverwertung qua Gewalt eingerichtet worden ist, besteht eine Abhängigkeit von ausländischem Kapital, welches im Land investiert werden muss, um die erforderlichen Mittel für die eigene Handlungsfähigkeit zu erlangen. Hierfür müssen das Land und die Menschen entsprechend nach den Interessen des ausländischen Kapitals hergerichtet werden.

3. Die Besonderheit des bürgerlich-demokratischen Staates als eine besondere Form des kapitalistischen Staates ist die formale Trennung der politischen Gewalt von der ökono-

[8] Etwa im Feudalismus, in dem das Sonderinteresse der herrschenden Klasse durchgesetzt wurde, da ökonomische und politische Macht noch in einer Hand konzentriert waren.

[9] Etwa im Kapitalismus, siehe hierzu die folgenden Thesen.

mischen Grundlage des Staates. Er ist in seiner Form kein Ausdruck mehr einer *unmittelbaren* ökonomischen Herrschaft, da die politische und ökonomische Sphäre getrennt sind. Die Garantie des Staates unterwirft die gesamte Gesellschaft dem ökonomischen Zweck der Akkumulation des Kapitals, die zugleich sein Mittel ist. Da *alles* im Staat – vom Militär über die Bildung bis zur Müllabfuhr – von dieser erfolgreichen Akkumulation abhängt, ist diese zugleich auf widersprüchliche Weise das *Allgemeininteresse* aller Bürger. Unter gegebenen Bedingungen sind auch die Lohnabhängigen in vielerlei Hinsicht auf ein funktionierendes Staatswesen und damit auf eine gelingende Kapitalakkumulation angewiesen, obwohl diese zugleich Grund ihrer Ausbeutung und Unterdrückung ist.

4. Denn der bürgerliche Staat ist notwendig *Klassenstaat*.

   4.1. Der Staat garantiert durch seine Gewalt die ökonomische Freiheit (Eigentum) und Gleichheit (vor dem Gesetz): Alle agieren in der Sphäre der *Zirkulation* als sich gegenseitig anerkennende und gleichgestellte Warenbesitzer. Zugleich wird hierdurch von der realen *Ungleichheit* im Eigentum und so in der Produktion abstrahiert, wodurch gerade diese Freiheit und Gleichheit zugleich die Klassenunterschiede garantieren.

   4.2. Aus dem vom Staat verfolgten Allgemeininteresse folgt jedoch zugleich, dass dieser nicht nur neutraler Garant des Eigentums – und damit Klassenverhältnisse ist, sondern vielmehr aufgrund seiner Angewiesenheit auf eine erfolgreiche Akkumulation auch *Parteigänger* des Kapitals ist.

5. Der Staat setzt durch seine Rechts- und Gewaltform die institutionellen Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Auch darüber hinaus ist das Kapital auf den Staat als übergeordneten Garanten angewiesen, da die Einzelkapitale auf Grund ihrer Konkurrenzlogik nicht in der Lage sind, ihre eigenen Voraussetzungen dauerhaft zu sichern (ideeller Gesamtkapitalist).

   5.1. Das Gewaltmonopol und so auch die gewaltförmige Durchsetzung und Garantie der Trennung in Eigentümer und Nichteigentümer ist institutionalisiert in Polizei und Justiz. So erzwingt und garantiert dieses Gewaltmonopol die materielle Grundlage der ökonomischen Ausbeutung.

   5.2. Die Ökonomie als Gesamtzusammenhang ist auf die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeitskraft angewiesen, um die Kontinuität der Akkumulation zu gewährleisten. Zugleich muss die Gesellschaft sozial eingehegt werden, um eine Eskalation gesellschaftlicher Widersprüche zu vermeiden (Regierbarkeit). Neben den

Repressionsorganen unterhält der Staat hierfür aus eingezogenen Mitteln einen Sozialstaat. Dessen Ausgestaltung und finanzielles Volumen sind als gesellschaftlicher Kostenfaktor einem dauerhaften Klassenkampf ausgesetzt.

5.3. Die Einzelkapitale sind zudem auf Vorleistungen (wie Infrastruktur oder die Qualifikation von Arbeitern) angewiesen. Da solche Investitionen für das konkurrierende Einzelkapital unrentabel, für die Gesamtwirtschaft aber zwingend erforderlich sind, werden sie vom Staat organisiert. Er sichert so die materiellen Grundlagen der Mehrwertproduktion.

5.4. Um die physischen Bedingungen der Produktion vor der unmittelbaren Zerstörung durch die kurzfristigen Profitinteressen der Einzelkapitale zu schützen, setzen die meisten Staaten heutzutage der Ressourcenausbeutung und Umweltverschmutzung sowie der Vernutzung menschlicher Arbeitskraft bestimmte hoheitliche Grenzen.

6. Der Mensch als bürgerliches Individuum10 ist ein doppeltes Wesen: Er ist einerseits der ökonomischen Sphäre angehörender Marktteilnehmer (bourgeois) und zugleich der politischen Sphäre angehörender Staatsbürger (citoyen).

6.1. Als bourgeois versucht er als Warenbesitzer seinen individuellen ökonomischen Vorteil zu erzielen (besonderes Interesse).11 Die Betätigung dieses besonderen Interesses hat jedoch den Staat und damit das durch diesen vertretene Allgemeininteresse als seine notwendige Bedingung.12 Daher ist er zugleich citoyen, der die regulierende Gewalt des Staates bejaht und sich über deren zweckmäßige Betätigung Gedanken macht. Hieraus folgt, dass sich jedes Privatinteresse formell in das vom Staat definierte Allgemeininteresse ein- und unterordnen muss, weshalb das eigene Interesse auch stets als ein allgemeines postuliert werden muss.13

6.2. Diese Verdoppelung des Menschen ist real und ideologisch zugleich: Real, weil

---

[10] Dabei obliegt es der staatlichen Gewalt, welche Menschen er als solche anerkennt.

[11] Sei es durch die Forderung nach möglichst hohem Lohn als Arbeitnehmer, geringen Kosten als Kapitalist oder niedrigen Preisen als Käufer.

[12] So hat etwa ein Lohnarbeiter ein Interesse an der Auszahlung seines Lohnes, was wiederum eine funktionierende Kapitalakkumulation voraussetzt. Als Kunde hat man ein Interesse, dass der Staat im Zweifelsfall die Lieferung einer gekauften Ware durchsetzt etc.

[13] So begründen Gewerkschaften die Forderung nach höherem Lohn nicht mit dem egoistischen Eigeninteresse der arbeitenden Menschen, sondern argumentieren, dass dies der Nachfrage und somit der Volkswirtschaft im Ganzen helfe. Die Forderung nach Kita-Plätzen wird mit den positiven Folgen für die Möglichkeit zum Arbeiten und somit der Wirtschaft begründet etc.

der Staat tatsächlich die Bedingung der Betätigung des eigenen Interesses ist; Ideologisch, weil es den notwendigen Schein erweckt, dass der Staat ein neutrales Gebilde über den Klassen ist und als Bedingung des eigenen Interesses auch für deren Verwirklichung da ist. Daher vollzieht sich auch die Sozialisierung als citoyen doppelt: Die ideologische Schulung als Staatsbürger erhält ein Jeder in Schule und Medien. Die reale praktische Disziplinierung erfolgt dadurch, dass die Realisierung des eigenen Interesses nicht erfolgt, wenn es nicht mit dem Allgemeininteresse vereinbar ist.

6.3. Auch der Lobbyismus einzelner Kapitalfraktionen funktioniert daher in der Regel und seiner anerkannten Form nach nicht unter dem Vorbringen des eigenen Sonderinteresses, sondern als etwas für das Allgemeininteresse Nützliches, dem sich die einzelnen Fraktionen insoweit unterwerfen.

7. Der bürgerlich-demokratische Staat richtet regelmäßig *politische Wahlen* aus, bei denen das Regierungspersonal, jedoch nicht der Zweck des Staates zur Wahl steht. Auch bei der Wahl gilt, dass die eigenen materiellen Interessen stets dem Allgemeininteresse untergeordnet werden müssen, die dem Regierungspersonal und damit seinen Wählern als Sachzwänge gegenübertreten. Dabei verliert das materielle Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung in der Einordnung der Nützlichkeit für das Allgemeininteresse systematisch gegenüber den materiellen Interessen des Kapitals.

8. *Nationalismus* ist die Ideologie, durch die sich die Konkurrenzsubjekte, der realen (Klassen-)Gegensätze zum Trotz, als Gemeinsames anerkennen. Die materielle Abhängigkeit vom Allgemeininteresse sowie die Unterordnung unter eine gemeinsame Staatsgewalt begründen so eine *imaginierte* Gemeinschaft, die Gegenstand der eigenen (regelmäßig auch emotionalen) Parteinahme ist. Aus dieser folgt, dass die Menschen ihre eigenen besonderen Interessen vor denen des Gemeinwesens zurückstellen und im Kriegsfall bereit sind, ihr Leben für dieses zu geben. Aus dem Nationalismus folgt zugleich eine *Staatsbürgermoral*, die anderen eine *zu* rücksichtslose eigene Interessenverfolgung und letztlich daher stets ein „zu wenig“ an Unterordnung unter das Allgemeininteresse vorwirft.

9. *Krisen* sind ein notwendiger Bestandteil und Resultat der kapitalistischen Ökonomie und Staatenkonkurrenz. Diese treten dabei in Form von ökonomischen Krisen oder Bedrohungen sowie der (gefühlten) Einschränkung der eigenen Souveränität auf. Als Konsequenz erfolgt im bürgerlichen Staat eine autoritäre Formierung, sofern die Krisen als hinreichend bedrohlich wahrgenommen werden. Dieser autoritäre Umschlag ist jedoch kein

Automatismus, sondern vollzieht sich erst, wenn sich bei jenen Akteuren, die über die faktische gesellschaftliche Macht verfügen, der Konsens durchsetzt, bürgerlich-demokratische Aspekte als bisherige Hindernisse abzuschaffen. Konkret geschieht dies insbesondere durch Einhegung bürgerlicher Kontrollinstanzen (insbesondere der Gewaltenteilung) sowie einer stärkeren Einschränkung bis zur Rücknahme gewährter bürgerlicher Freiheiten. Der Zweck kapitalistischer Akkumulation sowie nationaler Erfolg in der Staatenkonkurrenz bleiben dabei stets unangetastet. Insoweit erfolgt – auch unabhängig von realen autoritären Entwicklungen – eine verstärkte Anrufung des Nationalismus der Bürger, in dem die Kampfbereitschaft und so auch Opferbereitschaft des eigenen Volkes zur Krisenbewältigung beschworen wird. Der Faschismus stellt hierbei die historisch verheerendste Form jener autoritären Krisenreaktionen des bürgerlichen Staates auf Grundlage eines radikalisierten Nationalismus dar.

10. Die Zentralisierung der Herrschaft, die Entmachtung lokaler Feudalherren und die Durchsetzung des Gewaltmonopols in der frühen Neuzeit sind die *historischen* Mechanismen zur Erschaffung des objektiven Staatsapparates. Sie bilden die zwingende strukturelle Voraussetzung, auf der sich – vermittelt über die Verallgemeinerung der Warenform und des abstrakten Rechts – der bürgerliche Staat konstituieren konnte. Die historische Durchsetzung des Kapitals als ökonomische Grundlage des modernen Staates ist das Resultat der kriegerisch-territorialen Staatenkonkurrenz: Der systemische Zwang zur militärischen Selbstbehauptung im Zuge der Auflösung des Feudalsystems erzeugte eine existenzielle Abhängigkeit der staatlichen Herrschaft von ihrer materiellen Basis, der historisch ausschließlich die kapitalistische Produktionsweise aufgrund ihrer überlegenen Effizienz und maximalen Produktivkraftentfaltung genügen konnte. Im Übrigen wurden diese den verbliebenen nicht-kapitalistischen Staaten durch die überlegene Gewalt aufgezwungen. Nachdem zu Beginn die bürgerlichen Freiheits- und Beteiligungsrechte nur eingeschränkten Bevölkerungsgruppen vorbehalten waren (etwa steuerzahlenden Männern), wurden diese über die Zeit durch zahlreiche Kämpfe um diese Rechte auf breitere Bevölkerungsgruppen ausgeweitet, etwa auf Frauen, Besitzlose, Migranten sowie rassistisch Diskriminierte wie Schwarze oder Juden.

V. Imperialismus

1. Die globale Expansion der kapitalistischen Wirtschaftsweise hat dazu geführt, dass staatliche Handlungsfähigkeit heute untrennbar an den Erfolg der nationalen Kapitalakkumulation gebunden ist.

2. Am Ausgangspunkt kann ein Staat dem heimischen Kapital nur erlauben, innerhalb der eigenen Landesgrenzen zu wirtschaften. Das Kapital ist in seiner Bewegung jedoch maßlos und strebt zur grenzüberschreitenden Expansion. Hierbei ist es wiederum zwingend auf den inländischen Souverän des jeweiligen Zielgebietes angewiesen, da erst dessen Gewaltmonopol die wirtschaftliche Betätigung ermöglicht: Diese Gewalt (heutzutage in aller Regel Staaten) setzt die Bedingungen, unter denen die Menschen (als Arbeitskräfte), das Land und die Ressourcen (durch Eigentumstitel und Zugangsregeln) dem ausländischen Kapital zur Verfügung stehen.

3. Da der Staat auf den ökonomischen Erfolg des nationalen Kapitals angewiesen ist, hat er ein unmittelbares Interesse daran, diesem den Zugriff auf fremdes Staatsterritorium zu ermöglichen. Reelle Voraussetzung ist die Existenz einer funktionierenden Kapitalverwertung im Inneren, also rentable Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten. Der Staat stellt sich also in Dienst des kapitalistischen Expansionsstrebens, bleibt dabei aber gegenüber – gegebenenfalls auch einzelnen – Kapitalinteressen relativ unabhängiges Subjekt.

   3.1. Der Staat kann dabei auf zwei Wegen handeln: zum einen ‚formell' durch den unmittelbaren Einsatz militärischer Machtmittel (Krieg, Besatzung), zum anderen ‚informell' durch zwischenstaatliche Vereinbarungen. Letztere ermöglichen primär den Kapitalexport sowie die wirtschaftliche Betätigung im Ausland, was insbesondere auf die Erschließung billiger Rohstoffquellen und die Nutzung lokaler, günstiger Arbeitskräfte abzielt. In dieser informellen Form des Imperialismus wird die formale staatliche Souveränität des Ziellandes nicht aufgehoben, sondern vielmehr als Bedingung anerkannt und vorausgesetzt.

   3.2. Eine Vereinbarung ist dabei keineswegs *frei*. In ihr drücken sich vielmehr unmittelbar die ökonomischen und militärischen Machtverhältnisse der beteiligten Parteien aus. Neben bilateralen Verträgen existieren multilaterale Abkommen und internationale Institutionen, die den Zugang zu den weltweit relevantesten Märkten an die Unterwerfung unter spezifische Regelwerke knüpfen. Aus der Perspektive der dominierenden Staaten zielen diese Vereinbarungen systematisch darauf ab, das bestehende ökonomische Gefälle aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, da sie dem

eigenen nationalen Kapital Konkurrenzvorteile sichern sollen. Durch eine gewaltsame oder institutionelle Öffnung der Märkte wird so ein ungleicher Tausch (*unequal exchange*) ermöglicht, der zu einer Netto-Aneignung von Arbeitszeit und systematischem Werttransfer führt.

3.3. Das funktionale Gegenstück zur zwischenstaatlichen Vereinbarung ist die *Wirtschaftssanktion*. Anstatt Märkte zu öffnen, wird dem sanktionierten Staat der Zugang zu den Märkten und Finanzsystemen der dominierenden Staaten aktiv verwehrt. Diese wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen werden in Form von Sekundärsanktionen häufig auch auf Drittstaaten ausgeweitet. Das zentrale Zwangsmittel bleibt dabei identisch – die Androhung und der Vollzug des Entzugs von Markt- und Finanzzugängen. Die realen sozioökonomischen Konsequenzen dieser Isolation treffen dabei in aller Regel die lohnabhängigen Massen vor Ort.

3.4. Eine besondere Methode imperialistischer Konkurrenz besteht im Privileg, die Währung zu stellen, in der internationale Geschäfte abgewickelt werden (*Weltwährung*). Das Geldsystem ist hierarchisch aufgebaut: Was auf einer Ebene als Geld gilt, ist aus Sicht der nächsthöheren Ebene nur ein Versprechen auf Zahlung in einem höherwertigen Geld – ein Bankguthaben verspricht Auszahlung in Zentralbankgeld, dieses wiederum verwies historisch auf Gold. Zwischen Staaten stellt sich entsprechend die Frage, in welchem Geld grenzüberschreitende Forderungen letztlich getilgt werden. Gegenwärtig fungiert de facto der US-Dollar als solches Weltgeld, an dem sich die Geltung aller anderen Währungen bemisst. Aus dieser Funktion folgt eine permanente weltweite Nachfrage nach der Weltwährung, die der Hegemon zugleich selbst schöpfen kann. Sie erlaubt ihm, Waren aus aller Welt mit eigenem Geld zu bezahlen, sich in dieser Währung zu konkurrenzlos niedrigen Zinsen unbegrenzt zu verschulden und die Entwertung dieses Geldes auf die ausländischen Halter zu überwälzen, die es als Reserve dennoch nachfragen müssen (was der Entwertung tendenziell entgegenwirkt). Indem der Hegemon zugleich die finanzielle Infrastruktur des Weltmarkts kontrolliert, verfügt er über die materielle Voraussetzung der Sanktionsmacht und kann mit seinen Zinsentscheidungen die Geldpolitik aller anderen Staaten disziplinieren. Entsprechend richtet sich ein bedeutender Teil seiner Außen-, Handels- und Militärpolitik darauf, dieses *exorbitante Privileg* gegen alternative Zahlungssysteme und Reservewährungen zu verteidigen.

3.5. Neben dem ökonomischen und militärischen Zwang gegenüber anderen Staaten erfolgt die Expansion auch über kulturellen und hierdurch vermittelten ideologischen Einfluss, also den Export von Normen, Institutionen und Lebensweisen, der

Zustimmung organisieren soll. Indem Konsens hergestellt und spezifische Werte universalisiert werden, lösen sich vorherige kulturelle Formen zugunsten einer vereinheitlichten, hegemonialen Kultur auf. Leitbegriffe wie ökonomische Freiheit, Menschenrechte, Privateigentum erscheinen so als allgemeine, unhinterfragbare Maßstäbe und legitimieren Unterordnung sowie ökonomische Ausbeutung. Je stärker sich Konsum- und Alltagskultur angleichen lassen, desto leichter werden Loyalität organisiert, Absatzmärkte gesichert und ökonomische Ausbeutung reibungsloser stabilisiert. Nirgends tritt dieser Aspekt des Imperialismus deutlicher zutage als bei der gegenwärtigen US-Hegemonie, die nicht nur durch die *hard power* von überlegenem Militär und dem Dollar als Weltwährung, sondern auch durch deren kulturelle *soft power* aufrechterhalten wird.

4. Kapitalistische Staaten lassen sich nicht in wesensmäßig imperialistische oder antiimperialistische Kategorien einteilen. Da ihre Existenzgrundlage die nationale Kapitalakkumulation ist, streben sie alle prinzipiell nach grenzüberschreitender Expansion. Der entscheidende Unterschied besteht vielmehr darin, wie erfolgreich sie diesen Zweck aufgrund der ungleichen ökonomischen, militärischen und daher politischen Macht in der globalen Staatenkonkurrenz durchsetzen können. Je nach den realen Machtverhältnissen unterteilen sie sich in Staaten, die imperialistisch handeln können (die also Subjekt der Konkurrenz in der Ordnung der Welt sind), und solche, die von diesen Handlungen betroffen sind (und somit zum Objekt werden). In diesem Moment zeigt sich der qualitative Unterschied in ihrem Handeln. Diese Rollenverteilung ist jedoch nicht statisch. Bestimmte Merkmale geben Hinweise darauf, dass ein Staat imperialistisch handeln kann: Überwiegt der Kapitalexport den Kapitalimport? Erfolgt die Akkumulation eigenständig oder ist sie den Interessen einer dominierenden Nation untergeordnet? Zudem ist entscheidend, über welche militärischen Machtmittel ein Staat verfügt und ob er mit diesen nur in unmittelbarer Nachbarschaft („Regionalmacht“) oder global agieren kann.

5. Die lohnabhängige Klasse befindet sich innerhalb der nationalen Grenzen in einer strukturell widersprüchlichen Lage.

   5.1. Einerseits ist sie durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft Mittel der nationalen Akkumulation und der Ausbeutung. Andererseits hängen ihre materiellen Lebensbedingungen unmittelbar und spürbar vom Erfolg des eigenen Standortes auf dem Weltmarkt ab. Sie partizipiert zwar nicht unmittelbar an diesen Erfolgen, bekommt aber Einbrüche des Akkumulationserfolges stets (als erstes) zu spüren: Sozialstaatsstreichungen, Wegfall von Arbeitnehmerrechten etc.

5.2. Diese ökonomische Logik manifestiert sich in geografisch ungleichen Lebensumständen. Zwischen den imperialistischen Zentren und der Peripherie bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Brutalität der Ausbeutung, des Vorhandenseins sozialer Sicherungssysteme oder des Zugangs zu billigen Konsumgütern. Diese wichtigen Unterschiede im *Inhalt* dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ökonomische *Form* der Ausbeutung identisch bleibt. Die Annahme, die lohnabhängige Klasse des „globalen Nordens" sei Akteur oder Profiteur der Ausbeutung im „globalen Süden", ist analytisch falsch. Eine solche Sichtweise verschleiert die reale Ursache der Misere: die globale Durchsetzung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und die systemische Abhängigkeit von imperialistischen Staaten.

6. Aus der Logik des kapitalistischen Staates und insbesondere des Imperialismus entspringt die menschenfeindliche Legitimationsstrategie des *Rassismus*. Sein allgemeines, in den Besonderheiten variierendes Moment besteht in der Behauptung, dass bestimmten Gruppen von Menschen von Natur aus – und damit unveränderbar – bestimmte Eigenschaften zukommen würden.

6.1. Die Logik des Rassismus ist bereits im Konstrukt des Nationalstaats angelegt, für den die Trennung in Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger („Ausländer") zwingend erforderlich ist. Geht diese juristische Scheidung mit einer systematischen Schlechterstellung in der hierarchischen Segmentierung am Arbeitsmarkt sowie den allgemeinen Lebensverhältnissen (Inland) oder der unmittelbaren gewaltsamen Unterdrückung (Besatzung, Ermordung, Vertreibung, Zwangsarbeit) fremder Bevölkerungen (Ausland) einher, erwächst daraus die Notwendigkeit einer Ideologie, die diese Ungleichheit naturalisiert und das Vorgehen rechtfertigt.

6.2. Historisch entwickelt hat sich dies durch die „Erfindung" der „Rassen" als (scheinbar) wissenschaftliche Begründung des Kolonialismus, also der extrem gewaltsamen Aneignung von Land, Ressourcen und Arbeitsvermögen kolonisierter Bevölkerungen durch die Kolonialmächte.

7. Historisch begann die (gewaltsame) Herstellung eines Weltmarktes mit dem Kolonialismus. Eine kleine Zahl imperialistischer Mächte teilte die Welt unter sich auf. Die von ihnen beherrschten, meist noch vorkapitalistisch strukturierten Gebiete wurden gewaltsam in das kapitalistische Weltsystem integriert. Sie waren den imperialen Zentren strukturell unterlegen und fungierten als bloße Objekte fremder Verwertungsinteressen.

8. Nach 1945 wurden, unter dem Eindruck erstarkender nationaler Befreiungsbewegun-

gen, die meisten Kolonien in die formale staatliche Unabhängigkeit entlassen. Die westlichen Industrieländer unter Führung der USA propagierten die Idee einer „regelbasierten Ordnung“, in der zwischenstaatliche Verhältnisse nicht mehr durch Gewalt und das Recht des Stärkeren, sondern durch Verträge, friedliche Handelsbeziehungen und die Vermittlung durch internationale Organisationen wie die UN gekennzeichnet sein sollten. Diese Ordnung basierte jedoch weiterhin auf deren gewaltsamer Durchsetzung und Garantie – insbesondere durch die USA. Gerade durch die Form der Verträge wurde die Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien durch wirtschaftliche Dominanz und die Erpressung durch Schulden weiterhin aufrechterhalten, und zugleich inhaltlich ideologisch verschleiert. Wo dies zur Durchsetzung imperialistischer Interessen nicht ausreichte, half man mit geheimdienstlich inszenierten Putschen und Militärinterventionen nach. Lediglich in der Konkurrenz der führenden Wirtschaftsmächte untereinander wurden direkte militärische Konfrontationen weitgehend vermieden und der Kampf um Einflusszonen auf „Stellvertreter-“ und „verdeckte Kriege“ sowie informelle Beeinflussung verschoben.

9. Seit der Jahrtausendwende haben sich – forciert durch den Kapitalexport der Zentren – einige ehemals periphere Länder zu neuen imperialistischen Akteuren entwickelt. Spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008 zerfällt die alte Ordnung: Bisherige Hegemonialmächte wie die USA ersetzen die „regelbasierte Ordnung“ zunehmend durch offenen Protektionismus. An die Stelle des globalen Freihandels treten Zollbarrieren und eine geopolitische Blockbildung. Diese Rückkehr zum offenen Recht des Stärkeren führt zu massiver Aufrüstung und erhöht die Wahrscheinlichkeit direkter militärischer Konflikte zwischen den Großmächten.

VI. Geschlechterverhältnisse

1. Der Begriff Geschlecht umfasst drei verschiedene Dimensionen: biologisches Geschlecht, soziales Geschlecht und Geschlechtsidentität. Um Klarheit in die Diskussion der Geschlechterverhältnisse zu bringen, müssen diese Dimensionen zunächst definiert werden.

   1.1. Das biologische Geschlecht (sex). Der Mensch ist eine Tierart, die sich zweigeschlechtlich fortpflanzt. Daher spaltet sich die Spezies in Individuen, die über Eizellen und solche, die über Samenzellen verfügen. Dies geht im statistischen Regelfall mit einer spezifisch weiblichen oder männlichen Ausprägung von Geschlechtschromosomen, Geschlechtshormonen und Genitalien einher. Bei einer geringen Anzahl von Menschen kommt es diesbezüglich zu atypischen Ausprägungen von Merkmalen (Intergeschlechtlichkeit). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von äußeren Körpermerkmalen (Körpergröße, Behaarung, Muskelmasse usw.), bei denen im Durchschnitt deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen. Individuell ist in diesem Bereich jedoch ein breites Spektrum von Ausprägungen vorhanden, sodass hier von fließenden Übergängen und nicht von klaren Zuordnungen die Rede sein kann.

   1.2. Das soziale Geschlecht (gender). An das biologische Geschlecht war in den bisherigen Gesellschaften meist eine soziale Zuordnung geknüpft, die insbesondere in einer bestimmten Arbeitsteilung und Rollenerwartung bestand. Wo diese Aufteilung hierarchisch strukturiert war und ist – und dies gilt insbesondere für die historisch bezeugten klassengesellschaftlichen Formationen – nehmen Männer in der Regel die dominierende, Frauen die untergeordnete Stellung ein. Die Verknüpfung dieser gesellschaftlichen Funktionen mit dem biologischen Geschlecht gibt diesen den Anschein der Natürlichkeit – aber allein die große historische Veränderlichkeit von Geschlechtsnormen entlarvt dies als Ideologie.

   1.3. Die individuelle Geschlechtsidentität ist das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht als Teil der individuellen Persönlichkeit. Sie ist keine natürliche Eigenschaft des geschlechtlich bestimmten Körpers, sondern konstituiert sich in sozialen Prozessen – insbesondere Aneignungsprozessen sowie dem familiären und gesellschaftlichen Druck, den jeweiligen geschlechtlichen Rollenerwartungen zu entsprechen. Rollenerwartungen sind dabei normativ vorgeschriebene Verhaltensweisen und Eigenschaften, die Identität ist die Selbstverortung als Angehöriger eines Geschlechts – diese beiden Aspekte können demnach auseinanderfallen. Die Mehrheit der Menschen in unseren heutigen Gesellschaften identifiziert

sich mehr oder weniger stark mit dem sozialen Geschlecht, das ihnen auf Grundlage ihres biologischen Geschlechts zugewiesen wurde und dem sie mehr oder weniger nach außen hin entsprechen (Cisgeschlechtlichkeit). Einige hingegen weisen eine ausgeprägte und dauerhafte Nichtidentifikation mit der ihrem biologischen oder sozialen Geschlecht entsprechenden Identität auf (Transgeschlechtlichkeit). Häufig, aber nicht notwendig, entwickeln sie den Wunsch nach einer geschlechtlichen Transition.

2. Die über verschiedene Gesellschaftsformationen hinweg feststellbare Kontinuität männlicher Vorherrschaft wird unter dem Begriff des Patriarchats zusammengefasst. Auf der Ebene der Beschreibung dieser epochenübergreifenden Realität ist der Begriff durchaus treffend. Die konkreten Ausprägungen und die Gründe, die diese Herrschaft hervorbringen, unterscheiden sich jedoch in verschiedenen Gesellschaften und lassen sich gerade nicht überhistorisch fassen. Auch wenn es in der heutigen Gesellschaft weiterhin aus vorherigen Zeitaltern überlieferte Traditionen und Vorurteile gibt, die für eine Diskriminierung herangezogen werden, erklärt dies nicht, warum diese sich halten und weiterhin existieren. Im Folgenden wird daher der Versuch unternommen, die spezifischen Gründe und Erscheinungsformen männlicher Dominanz innerhalb der kapitalistischen Moderne zu erklären.

   2.1. Der Zweck der Produktion im Kapitalismus ist die Akkumulation von Kapital vermittels der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Um dies dauerhaft zu ermöglichen, ist die Reproduktion der Arbeitskraft nötig. Diese umfasst zum einen die Ernährung, Erholung, Zerstreuung, Körperpflege etc., die notwendig sind, damit die aktuell im Arbeitsprozess befindlichen Menschen auch am nächsten Tag „in alter Frische“ am Arbeitsplatz erscheinen (individuelle Reproduktion). Zum anderen müssen Menschen, die aufgrund von Alter oder Krankheit aus dem Arbeitsprozess ausscheiden, fortlaufend ersetzt werden. Es müssen also Kinder geboren, erzogen und ausgebildet werden, die später neue Generationen von Arbeitskräften stellen können (generationelle Reproduktion).

   2.2. Der zur Reproduktion notwendige Aufwand wird in aller Regel nur zum Teil durch die Waren und Dienstleistungen abgedeckt, die die Lohnabhängigen mit ihrem Arbeitslohn erwerben können. Darüber hinaus ist Reproduktionsarbeit nötig, die außerhalb der Warenökonomie stattfindet, aber gleichwohl deren Voraussetzung bildet: Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc. Die Natur dieser Arbeiten als auf individuelle Menschen und ihre spezifischen körperlichen und seelischen Bedürfnisse gerichtete Tätigkeiten entzieht sich tendenziell der indus-

triellen Logik der Rationalisierung und Standardisierung, weshalb sie nicht vollständig in Lohnarbeitsverhältnisse überführt werden kann. Der gesamtgesellschaftliche Umfang der Reproduktionsarbeit übersteigt in der Regel die Anzahl der für Lohnarbeit aufgewendeten Stunden.

2.3. Reproduktionsarbeit kann in unterschiedlichen sozialen Arrangements stattfinden – von Dorfgemeinschaften über Wohnheime bis zu Hippiekommunen – als hauptsächliche reproduktive Einheit im Kapitalismus hat sich jedoch die Familie etabliert. Innerhalb dieser bildete sich typischerweise eine geschlechtliche Arbeitsteilung heraus, die den Frauen die Hauptverantwortung für die reproduktive Arbeit zuweist, während Männer in stärkerem Maße in der Lohnarbeit engagiert sind. Dies liegt zum einen daran, dass Frauen möglicherweise durch Schwangerschaften und Stillzeit zeitweilig für Lohnarbeit nur eingeschränkt zur Verfügung zu stehen; das macht sie für das Kapital als Arbeitskräfte weniger attraktiv. Zum anderen greift die bürgerliche Gesellschaft auf tradierte Formen geschlechtlicher Arbeitsteilung früherer Epochen zurück, die sie jedoch verschärft, indem sie Produktion und Reproduktion funktional und räumlich voneinander trennt.

2.4. Die Interessenlage des Kapitals in Bezug auf die Reproduktion ist widersprüchlich: Einerseits ist sie notwendige Bedingung der Akkumulation, indem sie die langfristige Verfügbarkeit von Arbeitskräften sicherstellt. Andererseits ist sie ein Hindernis der Akkumulation, da sie Arbeitskräfte bindet, die dadurch dem kapitalistischen Arbeitsmarkt nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Historisch hat das Kapital unterschiedliche Strategien entwickelt, um mit diesem Widerspruch umzugehen.

2.5. Widersprüchlich ist die Rolle der Reproduktion auch in Bezug auf das Verhältnis der gesellschaftlichen Klassen: Während sie für das Kapital ein lästiger Kostenfaktor darstellt, den es zu reduzieren gilt, ist sie für die Lohnabhängigen wesentlicher Teil ihrer Lebensführung, der für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse essentiell ist, allerdings auch Zeit braucht und Kosten verursacht. Es verwundert daher nicht, dass um die Bedingungen der Reproduktion, insbesondere um die für sie zur Verfügung stehenden finanziellen und zeitlichen Ressourcen, ein fortwährender Kampf zwischen den Klassen stattfindet.

2.6. Da die Reproduktion seiner Staatsbürger die notwendige Bedingung für seinen Selbsterhalt ist, hat auch der bürgerliche Staat ein Interesse an der Regelung der Reproduktionssphäre. Dies kam insbesondere in der Förderung der bürgerlichen Kernfamilie zum Ausdruck, die den Eliten des 19. und 20. Jahrhunderts als idealer Ort zur Produktion tauglicher Staatsbürger erschien. Damit ging die Marginalisie-

rung und häufig auch Verfolgung nonkonformer, nicht auf Reproduktion ausgerichteter Liebesbeziehungen einher. Zugleich stellt der Staat sicher, dass die Reproduktion und damit deren Zeit- und Kostenaufwand im Wesentlichen Privatsache sind. Ein ständiger Streitpunkt ist in diesem Zusammenhang auch das Recht auf Abtreibung, da das Interesse des Staates an einer erfolgreichen Reproduktion seines Staatsvolks mit dem liberalen Recht auf private Freiheit kollidiert.[14]

3. Frauen können aufgrund ihrer stärkeren Beanspruchung durch Reproduktionsarbeit entweder gar nicht oder nur in begrenztem Umfang und zu schlechteren Bedingungen Lohnarbeit nachgehen. Dies begründet eine ökonomische Abhängigkeit der Frauen von männlichen Personen im Haushalt, die „das Geld ins Haus bringen". Darin liegt der für kapitalistische Gesellschaften spezifische materielle Grund für ein ganzes System der männlichen Dominanz.

   3.1. Dieses umfasste klassischerweise familiär die Unterordnung der Frau unter den Willen des Ehemanns inklusive ihrer sexuellen Verfügbarkeit, rechtlich männliche Vormundschaft und beschränkte Geschäftsfähigkeit, gesellschaftlich Einschränkungen bei Bildung und Berufsausübung und politisch den Ausschluss von Wahlrecht und politischer Organisierung. Dazu kamen zahlreiche kulturelle Normen, die Frauen in der Gesellschaft informell in einer untergeordneten Stellung hielten.

   3.2. Zumindest in den westlichen Industrieländern sind die rechtlichen und politischen Benachteiligungen von Frauen mittlerweile weitgehend überwunden. Dies ist vor allem das Verdienst feministischer Bewegungen, die über Generationen hinweg das bürgerliche Versprechen der Gleichheit auch für das weibliche Geschlecht eingefordert haben. Teilweise wurde dieser Prozess der formalen Emanzipation begünstigt durch das Interesse des Kapitals, auch die Frauen vollständig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gleichwohl halten sich Formen der kulturellen und gesellschaftlichen Diskriminierung hartnäckig. Der Grund dafür liegt insbesondere in der fortwährenden ökonomischen Ungleichheit der Geschlechter, welche auf dem bürgerlichen Verhältnis von Produktion und Reproduktion basiert. Solange dieses fortbesteht, bleiben erkämpfte Errungenschaften stets von der Gefahr antifeministischer Backlashs bedroht.

4. Der Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre korrespondiert die spezifisch

[14] Darüber hinaus wird das Recht auf Abtreibung von bestimmten gesellschaftlichen Kräften aus religiös-reaktionären Gründen abgelehnt.

bürgerliche Ideologie der Geschlechtscharaktere. Diese weist den Geschlechtern gegensätzliche, einander ergänzende Eigenschaften zu: Der Mann gilt als aktiv, rational, selbstständig und durchsetzungsfähig, während die Frau als passiv, emotional, abhängig und hingebungsvoll vorgestellt wird. Anders als in vormodernen Geschlechtervorstellungen werden diese Eigenschaften als psychische Wesensmerkmale aufgefasst, die wiederum auf die Biologie zurückgeführt werden. Familiäre Erziehung, institutionelle Bildung und mediale Prägung sorgen dafür, Jungen und Mädchen gemäß den Idealen von Männlichkeit und Weiblichkeit zu formen, sodass diese bis zu einem gewissen Grad eine Entsprechung in der Realität finden. Gesellschaftliche Funktionen dieser Ideologie sind die Anpassung der Individuen an die jeweiligen Anforderungsprofile der Produktions- und Reproduktionsarbeit (im Falle der Männer auch die Vorbereitung auf die Rolle des Soldaten). Darüber hinaus dient sie der Rechtfertigung männlicher Vorherrschaft sowie der Verklärung des bürgerlichen Arrangements von Produktion und Reproduktion als eine der Natur des Menschen entsprechende Einrichtung.

5. Die bürgerliche Geschlechterideologie beinhaltet eine normative Vorstellung des Begehrens: die heterosexuelle Liebe zwischen Mann und Frau. Damit geht die Ablehnung homosexueller und anderer abweichender Formen des Begehrens einher. Auch in vorbürgerlichen Gesellschaften galten gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen häufig – wenn auch keineswegs immer – als moralisch verwerflich und wurden verfolgt. Mit der Herausbildung komplementärer psychischer Geschlechtscharaktere entstand jedoch erstmals die Vorstellung einer „homosexuellen Identität“ als von der Norm abweichendem Charakter. Im Zuge seiner Bemühungen um die Durchsetzung der bürgerlichen Familie als allgemein verbindlicher Lebensform ging und geht der bürgerliche Staat in vielen Ländern strafrechtlich gegen Homosexuelle vor. Homophobie als unter den Massen verbreitete Haltung hat jedoch darüber hinaus psychische Ursachen: Die geschlechtliche Zurichtung erfordert die Abspaltung von Persönlichkeitsanteilen. So darf sich der bürgerliche Mann angesichts der Anforderungen von Autonomie und Selbstkontrolle eigene Wünsche nach Passivität und emotionalem Sich-gehen-Lassen nicht eingestehen. Er neigt daher zum Hass auf den schwulen, angeblich „verweiblichten“ Mann, der vermeintlich das auslebt, was er sich selbst versagen muss. Solche Feindseligkeit kann sich gegen sämtliche von der binären Norm abweichende Verhaltensweisen (Kleidung, Liebesbeziehung, gelebte Geschlechtsidentität (queer)) richten, da die der gleichen Logik der festgestellten Abweichung und hieraus resultierendem Hasse folgt.

6. Ein verbreiteter Ausdruck männlicher Dominanz ist Gewalt von Männern gegen Frauen. Sie richtet sich häufig, aber nicht ausschließlich, gegen (Ex-)Partnerinnen in heterose-

xuellen Beziehungen. Der gemäß klassischen bürgerlichen Rollenvorstellungen sozialisierte Mann betrachtet die materiellen, emotionalen und sexuellen Dienste, die Frauen im Rahmen der geschlechtlichen Arbeitsteilung erbringen, tendenziell als ihm natürlicherweise zustehendes Recht. Um dieses durchzusetzen, erhebt er den Anspruch auf Dominanz und Kontrolle seiner Partnerin, wobei ein Mittel zu deren Durchsetzung physische und psychische Gewalt ist. Sie kommt insbesondere dann zum Einsatz, wenn die erbrachten Dienste nicht den männlichen Erwartungen entsprechen oder die männliche Autorität tatsächlich oder vermeintlich in Frage gestellt wird. Gerade vor dem Hintergrund der zentralen Rolle, die Partnerschaft und Familie als Gegenstück zum tristen Alltag der Lohnarbeit in der Psyche des männlichen Geschlechtscharakters spielen, bergen Unzufriedenheiten in diesem Bereich ein enormes Aggressionspotential. Dies kann in seiner gewalttätigsten Ausprägung bis hin zum Femizid eskalieren, in dem der Mann die Frau aus diesen Gründen ermordet. Materielle Abhängigkeit ist ein häufiger Grund, warum Frauen trotz erlittener Misshandlungen bei ihren Partnern bleiben.

7. In der Prostitution – also dem Verkauf des eigenen Körpers als Ware einer sexuellen Dienstleistung – wird männliche Dominanz und Verfügungsgewalt über Frauen besonders augenfällig. Bei diesem Tauschgeschäft sexueller Dienste gegen Geld kann von Freiwilligkeit allenfalls im formalen Sinne bürgerlicher Vertragsfreiheit gesprochen werden, die sich vor dem Hintergrund des stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse vollzieht. Dies hat die Prostitution mit anderen Lohnarbeitsverhältnissen gemeinsam. Was sie qualitativ von den meisten anderen Formen der Ausbeutung unterscheidet, sind erstens die überwiegend subproletarischen und damit häufig gewaltförmigen Bedingungen bis hin zum Menschenhandel, unter denen sie stattfindet. Dazu kommt zweitens die gesellschaftliche Stigmatisierung und Verachtung, nicht zuletzt durch ihre Kunden selbst. Drittens wird der Bereich des Sexuellen kulturübergreifend als besondere, für die psychische und leibliche Integrität wesentliche Sphäre erfahren. Ein Überschreiten der vereinbarten Dienstleistungen durch den Freier – zu dem es auch aufgrund der kapitalistischen Tauschlogik innewohnenden antagonistischen Interessen regelmäßig kommt – wird nicht nur als eine vertragswidrige Zusatzarbeit, sondern potentiell als traumatisierender Übergriff erlebt. Die ökonomische Ungleichheit der Geschlechter führt dazu, dass Prostitution in erster Linie von zumeist prekären Frauen für Männer angeboten wird, was die bürgerliche Ideologie der Frau als Konsumobjekt zementiert.

8. Zur historischen Entwicklung: In den bäuerlichen und handwerklichen Familien traditioneller Gesellschaften waren Produktion und Reproduktion unter einem Dach vereint. Diese „Ökonomie des ganzen Hauses“ wurde durch die ursprüngliche Akkumulation

zerstört, indem sie die unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln trennte und zur Lohnarbeit zwang. Dies schuf nicht nur die Voraussetzungen des Kapitalismus, sondern auch der bürgerlichen Geschlechterordnung. Mit der Durchsetzung des industriellen Kapitalismus im 19. Jahrhundert bildeten sich zunächst zwei gegensätzliche Haushaltstypen heraus.

8.1. In der bürgerlichen Familie arbeitete der Ehemann außer Haus z.B. als Beamter, Arzt oder Leiter eines eigenen Unternehmens. Die Aufgabe der Ehefrau bestand im Wesentlichen in der Erziehung der Kinder sowie in repräsentativen Tätigkeiten. Körperliche Hausarbeit wurde von Dienstboten verrichtet. In diesem Milieu entstand die bürgerliche Ideologie der Geschlechtscharaktere und nur hier hatte sie zunächst eine Entsprechung in der Realität.

8.2. Die proletarische Familie des frühen Kapitalismus war durch extrem prekäre Lebensumstände geprägt. Beim Zugriff des Kapitals auf die Lohnabhängigen überwogen kurzfristige Profitinteressen; Männer, Frauen und Kinder mussten buchstäblich bis zur Erschöpfung arbeiten, sodass sowohl individuelle als auch generationelle Reproduktion kaum möglich waren. Von einer stabilen geschlechtlichen Arbeitsteilung konnte unter diesen Umständen noch keine Rede sein. Erst durch Arbeitskämpfe, aber auch durch die Intervention des Staates als ideellem Gesamtkapitalisten wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts. den Einzelkapitalen in ihrem Ausbeutungsdrang Grenzen gesetzt (Verbot von Kinderarbeit, Arbeitsschutzgesetze, Begrenzung des Arbeitstages etc.) und so eine Reproduktion der Arbeitskraft sichergestellt. Zugleich begann die bürgerliche Klasse ihr Familienideal auch unter den lohnabhängigen Massen zu propagieren.

8.3. Diese Propaganda trug ab der Wende zum 20. Jh. Früchte: mit steigendem Lohnniveau versuchten proletarische Familien vermehrt, die Ehefrau von Lohnarbeit „freizustellen“, sodass diese sich hauptsächlich reproduktiven Tätigkeiten widmen konnte. Umgekehrt zwangen relative Verarmung sowie die massenhafte Abwanderung der Hausangestellten in neu entstehende Dienstleistungsberufe viele (klein)bürgerliche Ehefrauen, selbst die körperlich anstrengenden Anteile der Hausarbeit zu übernehmen. Beide Trends führten in den industrialisierten Kernländern des Kapitalismus zu einer tendenziellen Angleichung bürgerlicher und proletarischer Familienverhältnisse. Mit dem Nachkriegsboom erlangte das bürgerliche Familienmodell erstmals für breite Teile der Bevölkerung einen Realitätsgehalt; der „Familienlohn“ des Mannes ermöglichte es, dass viele Ehefrauen tatsächlich zuhause bleiben konnten. Dieses Arrangement trug zur Stabilisierung der kapitalistischen Verhältnisse bei: Die lohnabhängigen Männer wurden mit ihrer

Unterordnung in der Fabrik versöhnt, indem sie in Gestalt ihrer Ehefrau jeweils eine individuelle Dienstbotin zur Seite gestellt bekamen.

8.4. Mit dem neoliberalen Angriff auf die Lebensverhältnisse der lohnabhängigen Klasse gegen Ende des 20. Jhs. wurde das Konzept des „Familienlohns“ untergraben und Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt gedrängt. Flankiert wurde dies durch den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, die es Müttern ermöglichen sollte, schon bald nach der Geburt ihrer Kinder wieder arbeiten zu gehen. Da die restliche Reproduktionsarbeit aber nach wie vor zwischen den Geschlechtern sehr ungleich verteilt bleibt, führt die höhere Erwerbsquote von Frauen keineswegs zu einer ökonomischen Angleichung der Geschlechter – der vergrößerte Billiglohnsektor ist überwiegend weiblich. Angesichts struktureller Arbeitsmarktbarrieren für Frauen erscheint es für Paare oft ökonomisch sinnvoller, in die Ausbildung und Karriere des Mannes zu investieren, während die Partnerin ihr berufliches Fortkommen hintanstellt – so tragen rationale Erwägungen einzelner Haushalte auch in sich aufgeklärt wähnenden Milieus zur Aufrechterhaltung traditioneller Geschlechterrollen bei. Ideologisch lässt sich eine gewisse Flexibilisierung der Geschlechtscharaktere feststellen – auch von der modernen Frau wird Durchsetzungsstärke erwartet, während auch der moderne Mann ein gewisses Maß an Einfühlungsvermögen und anderen Soft Skills mitbringen soll. Dies reflektiert die Veränderungen in der Arbeitswelt. Die weniger starre Geschlechterideologie begünstigte den Kampf um die gesellschaftliche Anerkennung nonkonformer sexueller Identitäten; zumindest in liberalkapitalistischen Ländern konnten homosexuelle Paare weitgehende Gleichberechtigung erreichen und queeren Lebensweisen wird in der Bevölkerung ein größeres Maß an Toleranz entgegengebracht. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Homophobie im bürgerlichen Geschlechtscharakter angelegt ist und gerade in Zeiten gesellschaftlicher Krisen wieder verstärkt zum Ausbruch kommen kann.

VII. Kommunismus, Sozialismus, Transformationsstrategie

1. Das Ziel unserer gesellschaftspolitischen Bestrebungen ist der *Kommunismus*. Dies bedeutet nicht weniger als die weltweite Aufhebung der Klassengesellschaft, die Abschaffung des Privateigentums sowie der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Staaten, Grenzen, Nationen, Geschlechterrollen, patriarchale Familienstrukturen und alle anderen gesellschaftlichen Institutionen, die uns unterdrücken und voneinander trennen, sind restlos überwunden.

   1.1. Der Kommunismus ist die freie Assoziation der Individuen. Er ist sowohl die Verwirklichung größtmöglicher Individualität als auch echter Gemeinschaft, die auf gegenseitiger Hilfe und kollektiver Verantwortung beruht. Er überwindet mit dem Privateigentum auch die bürgerliche Ideologie, die sich Freiheit nur als eine Sphäre individueller Willkür vorstellen kann. Vielmehr versteht der Kommunismus den Anderen nicht als Beschränkung, sondern als Bedingung individueller Freiheit, weil ein starkes Netz aus solidarischen Beziehungen persönliche Entfaltungsmöglichkeiten überhaupt erst ermöglicht. Der Kommunismus realisiert die Gleichheit der Menschen im Sinne gleicher Teilhabemöglichkeiten aller am Reichtum und an allen Entscheidungsprozessen der Gesellschaft.

   1.2. Im Kommunismus werden alle Bereiche der Gesellschaft von den ihnen angehörenden Menschen selbstständig organisiert, verwaltet und reproduziert. Politische Repräsentation und jede andere Form einer von der Bevölkerung getrennten Macht verschwindet; die heute unterdrückte Klasse nimmt tatsächlich selbst die Macht in die Hände. Sie übt diese in Form von basisdemokratischen Versammlungen aus, die sich föderalistisch zu größeren Einheiten zusammenschließen und Delegierte bestimmen, wobei die Kontrolle immer bei der gesellschaftlichen Basis verbleibt.

   1.3. Die Produktion dient im Kommunismus unmittelbar den Bedürfnissen der Gesellschaft. Was in welcher Menge produziert werden soll, wird in einem gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozess bestimmt. Die konkrete Umsetzung der Beschlüsse obliegt den Selbstverwaltungsorganen der in den jeweiligen Produktionsstätten Beschäftigen, die die Kontrolle über den Produktionsprozess innehaben.

   1.4. Im Kommunismus besteht gesellschaftlicher Reichtum nicht mehr in der Akkumulation von Kapital, sondern in der Bereitstellung der materiellen Mittel für ein gutes Leben, sowie frei verfügbarer Zeit für alle Mitglieder der Gesellschaft. Durch den Wegfall zahlreicher, nur der Aufrechterhaltung der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung dienenden Arbeiten (von der Werbebranche bis zur Rüstungsindustrie)

werden Produktivkräfte frei, die zur Befriedigung bislang vernachlässigter gesellschaftlicher Bedürfnisse oder zur Verringerung der Arbeitszeit genutzt werden können. Durch das Ende des Zwangs zur Profitmaximierung wird es endlich möglich, ernsthaft über ökologische Produktionsweisen nachzudenken, die der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen Einhalt gebieten.

1.5. Kommunismus bedeutet nicht nur eine in Form und Inhalt gründlich umgestaltete Produktion, sondern ebenso radikale Veränderungen im Bereich der Reproduktion. Die Verantwortung für die Sorge um Kinder, Alte und Kranke wie auch die Befriedigung individueller Erholungs- und Wiederherstellungsbedürfnisse wird nicht länger privaten Haushalten aufgebürdet, sondern als kollektive, gesellschaftliche Aufgabe organisiert. Die materiellen, nicht emotionalen Anteile reproduktiver Arbeiten (Kochen, Putzen, Wäsche waschen, organisatorische Tätigkeiten etc.) können dadurch rationalisiert und effizienter gestaltet werden; den emotionalen und zwischenmenschlichen Aspekten kann durch den Wegfall ökonomischer Zwänge die ihnen angemessene Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet werden. Mit der Überwindung des bürgerlichen Gegensatzes von gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion fällt jede geschlechtliche Arbeitsteilung weg, die über das Austragen, Gebären und gegebenenfalls Stillen von Kindern hinausgeht. Das Ende der Familie als wirtschaftliche Einheit ermöglicht es, deren materielle und psychische Zwänge und Abhängigkeiten zu überwinden und die Bedeutung blutsverwandtschaftlicher Bindungen gegenüber freieren Wahlverwandtschaften in den Hintergrund treten zu lassen.

1.6. Gemäß der Maxime *jedem nach seinen Möglichkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen*, können sich alle Gesellschaftsmitglieder an dem kollektiv geschaffenen Reichtum bedienen. Alles Lebensnotwendige (Ernährung, Wohnung, Gesundheitsversorgung etc.), alles Schöne (Luxusgüter, Kultur etc.) und alles Prägende (Bildung etc.) steht allen Menschen unabhängig von ihrer Rolle und Funktion für die Gesellschaft zur Verfügung. Der Zwang, arbeiten zu müssen, und entfremdete Arbeit als solche entfällt. Das Bewusstsein, an einem sinnvollen Gesamtprojekt mitzuwirken, sowie wachsende Möglichkeiten individueller Selbstentfaltung bei gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten erhöhen die intrinsische Motivation zur Übernahme von Aufgaben.

1.7. Der Kommunismus ist kein Paradies, welches frei von jeglichen gesellschaftlichen Konflikten, Fragestellungen oder Problemen ist und in dem in jedweder Hinsicht alles perfekt funktioniert. Vielmehr beschreibt der Begriff einen gesellschaftlichen Zustand, in dem derartige Herausforderungen erstmals auf eine bewusste, kon-

struktive und solidarische Weise angegangen werden können. Auch diese zukünftige Gesellschaft wird sich in einem stetigen, auf den kollektiven Menschheitsfortschritt ausgerichteten Wandel befinden und sich fortschreitend erneuern müssen, um ihren Ansprüchen gerecht zu werden.

2. Die mit dem Bruch des Kapitalismus geschaffene gesellschaftliche Ordnung wird nicht unmittelbar der Kommunismus sein. Zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kommunismus besteht ein grundlegender Widerspruch, da erstere zahlreiche Aspekte aufweist, die dem Kommunismus diametral entgegenstehen, und sie sich daher nicht von heute auf morgen in diesen überführen lässt. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist somit kein plötzliches Ereignis, sondern ein längerer Transformationsprozess, den wir Sozialismus nennen. Dieses Erfordernis findet seinen Ausdruck insbesondere in einer doppelten Ungleichzeitigkeit: Zum einen ist realistischerweise davon auszugehen, dass die Revolution nicht überall auf der Welt zur selben Zeit siegreich sein wird, sondern zunächst nur in begrenzten Regionen. Zum anderen werden auch innerhalb einer Region, die sich im revolutionären Prozess befindet, nicht in allen gesellschaftlichen Sektoren zugleich kommunistische Beziehungen etabliert werden können. Damit wir trotz der mit diesem Übergangscharakter notwendig einhergehenden Kontinuitäten dennoch von Sozialismus sprechen können, muss ein radikaler Bruch hinsichtlich der Ökonomie sowie der (Selbst-)Verwaltung und Organisation der gesellschaftlichen Gewalt erfolgen.

   2.1. *Ökonomisch* sind im Sozialismus neben dem Privateigentum an den Produktionsmitteln auch die Warenform, Geld und damit das Wertgesetz abgeschafft. Die Organisation der Ökonomie – dies beinhaltet die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft – erfolgt als dezentrale Planwirtschaft. Das heißt, es erfolgt eine gesamtgesellschaftliche Bedürfnissammlung, die Produktion in vergesellschafteten Betrieben. Konkret könnte sich dabei etwa an dem Modell der GIK (Gruppe Internationaler Kommunisten) orientiert werden, wobei die gesellschaftliche Arbeitszeit die universelle Recheneinheit bildet.[15] Die zentrale Herausforderung der sozialistischen Transformation besteht demnach darin, die einzelnen Betriebe möglichst schnell zu einem gesamtgesellschaftlichen Netz dezentraler Planwirtschaft zu-

[15] So könnte etwa ein festgelegter Teil der Gesamtarbeitszeit für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Sektors erfolgen (gesellschaftliche Konsumtion), in dem für die Gesellschaft frei verfügbare Güter produziert werden. Im Übrigen erhielten Menschen für geleistete Arbeit in Produktion und Reproduktion (nicht-zirkulierende und nicht-akkumulationsfähige) Arbeitszertifikate zum Erwerb individueller Konsumgüter. Im Ergebnis würde der wirtschaftliche Austausch strikt als Austausch von Arbeitsstunden vollzogen werden und Ziel wäre die stetige Ausweitung des öffentlichen Sektors.

sammenzuschließen, um marktförmigen Wirtschaftsbeziehungen endgültig den Boden zu entziehen. Verbliebene privatwirtschaftliche Einheiten – etwa Kleinbauern, Handwerksbetriebe oder kleine Einzelhändler – müssen zügig in die Planwirtschaft integriert werden. Gerät dieser Prozess ins Stocken und stabilisieren sich geld- und marktförmige Beziehungen, droht die (vollständige) Restauration des Kapitalismus.

2.2. *Politisch* besteht die Aufgabe der Transformationsphase darin, auf lokaler Ebene in allen Bereichen der Gesellschaft Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, wo diese noch nicht existieren. Eine Schwierigkeit ist dabei, dass Selbstverwaltung nicht durch ein Dekret flächendeckend eingeführt, sondern per Definition nur von den Menschen selbst getragen werden kann. Wo diese dazu (noch) nicht bereit oder in der Lage sind, müssen zunächst weiterhin hierarchische (Verwaltungs-)Strukturen in einem gewissen Ausmaß akzeptiert werden. Die sozialistische Gesellschaft darf solche Überreste der alten Ordnung nicht als Dauerlösung akzeptieren, sondern muss auf deren Überwindung hinarbeiten. Darüber hinaus müssen möglichst rasch tragfähige überregionale Koordinationsorgane entstehen, die eine gesamtgesellschaftliche Organisation ermöglichen. Erweisen sich die Selbstverwaltungsstrukturen als zu schwach, um das gesellschaftliche Leben dauerhaft zu koordinieren, bilden sich über kurz oder lang neue Hierarchien heraus – sei es aus Resten staatlicher Befehlsketten, sei es aus ehemals revolutionären Organen, die sich von der Basis abkoppeln und erneut eine von der Bevölkerung getrennte Macht etablieren.

2.3. Der Sozialismus ist ein insgesamt widersprüchlicher gesellschaftlicher Zustand.

2.3.1. Die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft werden nicht plötzlich verschwunden sein, weshalb es weiterhin erforderlich sein wird, eine gesellschaftliche Gewalt zu organisieren. Dennoch gilt es zu betonen, dass die Revolution primär auf dem sozialen Feld gewonnen werden muss, die gewaltvolle Sicherung derselben ist lediglich die notwendige Bedingung. Hinsichtlich des Verhältnisses dieser Gewalt und der Gesellschaft ist entscheidend, dass deren doppelte Trennung aufgehoben wird: Zum einen gilt dies hinsichtlich der Aufhebung des durch den Staat festgelegten Sonder- bzw. Allgemeininteresses, welches zugleich den Schaden der Mehrheit der Bevölkerung zur Folge hat. Das verfolgte Interesse ist nunmehr unmittelbar das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Zum anderen ist diese Gewalt auch nicht mehr formell abgetrennt, da diese nun unmittelbarer Ausdruck der von den Räten gefassten Willen und Entscheidungen und somit der Mehrheit der Bevölkerung ist – eine *reale* gesellschaftliche Gewalt. Daraus folgt auch, dass

keineswegs eine kleine revolutionäre Minderheit unter Anwendung der gesellschaftlichen Gewalt eine große gesellschaftliche Mehrheit zur Durchsetzung eines revolutionären Kurses zwingen kann.

2.3.2. Zudem folgt aus dem widersprüchlichen Zustand, dass davon auszugehen ist, dass es auch in der sozialistischen Phase zu heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen kommen wird, die Kompromisse im Hinblick auf reale Kräfteverhältnisse mit den eigenen Ansprüchen erforderlich machen werden. Bei alledem bleibt das Ziel jedoch stets der Kommunismus: Der Sozialismus wird als notwendige Etappe auf dem Weg dorthin seinem Namen nur insoweit gerecht, als es sich bei den ihm eigenen Kompromissen tatsächlich um Notwendigkeiten für dieses Ziel handelt. So kann es etwa erforderlich sein, bestimmte Ämter und hierarchische Verwaltungsfunktionen zunächst aufrechtzuerhalten, damit die Gesellschaft funktionsfähig bleibt. Ebenso kann es auf Grundlage der konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nötig sein, weitere ökonomische Kompromisse einzugehen, die etwa eine vollständige und flächendeckende Abschaffung der Warenform und des Wertgesetzes vorerst verhindern. Gleichwohl ist jeder solcher Kompromiss stets als Schwäche und als zu behebende Schwierigkeit der Umsetzung anzusehen und entsprechend zu behandeln. Keinesfalls dürfen solche Notbehelfe aus Gründen der sachlichen Notwendigkeit als an sich (inhaltlich) richtige Dinge verklärt werden.

2.3.3. Der transformative Prozess ist unterdessen nie im selben Maße überall auf der Welt fortgeschritten. Eine regional siegreiche Revolution wird daher feindlich gesinnten kapitalistischen Staaten bzw. – im Inland – bewaffneten reaktionären Kräften gegenüberstehen, die das revolutionäre Projekt höchstwahrscheinlich durch wirtschaftliche Embargos, geheimdienstliche Destabilisierung und militärische Intervention zu zerstören versuchen. In der Konsequenz bedarf es einer anhaltenden Bekämpfung der vorhandenen Reaktion. Somit ist erforderlich, dass die von der Gesellschaft organisierte bewaffnete Gewalt eine *Souveränität nach Außen* sicherstellt bzw. je nach realen Möglichkeiten und Kräfteverhältnissen notfalls auch auf asymmetrischer Kriegsführung (etwa Guerillakrieg, Nicht-Kooperation, Sabotage) unter konsequentem Weiterführen der eigenen Projekte zur Umgestaltung des Lebens sowie offensiver Propaganda zurückgreift. Die Logik des Krieges birgt gleichwohl stets die Gefahr, dass alte Hierarchien wieder aufgerichtet werden und eine erneute Zentralisierung der Macht stattfindet – sodass im revolutionären Krieg ausgerechnet jene sozialen Errungenschaften Stück für Stück geopfert werden, um derentwillen der Kampf überhaupt begonnen wurde. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, ist festzuhalten, dass auch die Sicherung der

Revolution nach Außen lediglich notwendige Bedingung ist, und daher nicht zum Selbstzweck verkommen darf. Hieraus werden zugleich der Anspruch und die Notwendigkeit deutlich, die Revolution in weiteren Regionen auszuweiten. Nur durch eine schließlich weltumspannende Revolution ist der Kommunismus als Endpunkt gesellschaftlicher Transformation zu erreichen und eine Erstarrung respektive Korrumpierung des revolutionären Prozesses zu verhindern.

2.3.4. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht schließlich darin, dass die sozialistische Gesellschaft auf den Import von (Zwischen-)Produkten aus den weiterhin kapitalistischen Gebieten und daher auf Devisen angewiesen sein wird. Hierdurch besteht eine Abhängigkeit, die mit Blockaden, Embargos etc. ausgenutzt werden wird. Auch daher muss die Gesellschaft bestrebt sein, eigene nachgefragte Produkte zu weltmarktfähigen Preisen zu exportieren, um an Devisen zu gelangen und ggf. Blockaden zu erschweren.

3. Um vom Jetzigen über die sozialistische Übergangsgesellschaft schließlich zum Kommunismus zu gelangen, braucht es eine *Transformationsstrategie*: Einen groben Plan, der uns Orientierung und Klarheit im komplexen Prozess des Ringens um Befreiung gibt. Sie beansprucht nicht, für jedes Detail und jede Eventualität eine vorgefertigte Lösung zu haben. Wohl aber soll verlässlich ableitbar sein, welche Prozesse in die korrekte Richtung weisen und welche nicht. Eine solche Strategie ist auch wichtig, um Menschen davon zu überzeugen, dass unser gesellschaftliches Projekt nicht bloß ein schönes Ideal, sondern praktisch durchführbar ist. In den alltäglichen Kämpfen der lohnabhängigen Klasse herrscht neben Zorn über konkrete Missstände oft weitgehende Ratlosigkeit bezüglich weitergehender gesellschaftlicher Perspektiven. Eine Transformationsstrategie soll hier Orientierung bieten.

3.1. Das *Fundament*: Am Anfang steht die grundsätzliche Analyse der Gesellschaft, in der wir leben. Diese muss darlegen, wie Ausbeutung und Unterdrückung in ihren unterschiedlichen Facetten zum gegenwärtigen Zeitpunkt funktionieren und wirkmächtig sind, welche Strategien sinnvoll sind, um die gegenwärtige Gesellschaft zu verändern und unter welchen Bedingungen die lohnabhängige Klasse aktuell kämpft. Auf dieser Grundlage geht es um die Initiierung von und Teilnahme an gewerkschaftlichen und sozialen Massenstrukturen der Lohnabhängigen. Diese machen die Revolution, nicht die kleinen Organisationen von Revolutionären. Aber ohne eine Einflussnahme der revolutionären Organisationen auf die Massen kommt es nicht zu einer Revolution im anarchokommunistischen Sinne. Dies bedeutet, dass die kontinuierliche Verankerung von Kommunisten in der Klasse die unbedingte Voraussetzung für das Fundament der Transformation darstellt.

3.2. Der *Weg* zur Revolution ist gekennzeichnet durch das quantitative wie auch qualitative Wachstum der Bewegung. Der Fokus muss dabei auf dem eigenen Strukturaufbau liegen, während Auseinandersetzungen mit anderen Linken oder Reaktionären auf besonders kontraproduktive oder gefährliche Ausprägungen zu beschränken sind. Neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Massenstrukturen geht es im Laufe des Weges auch darum, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kämpfe zu verbinden und in einer revolutionären Massenbewegung zu einen. Zuerst in der Verbindung von gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen, später mit der Perspektive des Kampfes um eine andere, befreite Gesellschaftsordnung. Dies erfordert eine stetige Radikalisierung der Basisorganisationen: Der anfängliche Kampf um begrenzte Reformen muss mit jedem Erfolg in der Ausweitung der Gegenmacht münden, um die kollektive Selbstwirksamkeit zu erweitern. In einem ersten Schritt geht es um lokale Verbesserungen und Abwehrkämpfe, wobei etwa höhere Löhne erstritten oder Kündigungen verhindert werden. Anschließend werden die Bewegungen so zahlreich, dass massive Verschlechterungen (z.B. Rentenreformen) durch den Aufbau von realem Druck auf die herrschende Klasse verhindert werden können. Im letzten Schritt reagiert die Bewegung nicht mehr nur, sondern schafft selbst Fakten: Als Vorbedingung für den Bruch fordern Massenstrukturen nicht mehr von der Politik oder den Kapitalisten, sondern setzen Veränderungen direkt um (wie historisch die eigenständige Einführung des 8-Stunden-Tages in den Zechen des Ruhrgebiets nach dem Ersten Weltkrieg). Diese Lern- und Wachstumsbewegung der Kämpfe muss dabei von der Entwicklung einer sozialistischen Kultur flankiert sein, die durch den Aufbau der Massenorganisation um Hegemonie innerhalb der Lohnabhängigen ringt. Diese Kultur lässt sich nicht isoliert am Reißbrett entwerfen; sie wächst organisch in dem Maße, wie Kämpfe erfolgreich geführt werden und die gesellschaftliche Gegenmacht quantitativ wie qualitativ steigt. Sie ist der gelebte Ausdruck der zunehmenden Selbstwirksamkeit der Massen und bereitet den Boden für den schließlichen Bruch.

3.3. Beim Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ist zu unterscheiden zwischen dem *revolutionären Prozess* und dem *Bruch*. Der revolutionäre Prozess bezeichnet die umfassende, längerfristige Transformation der gesamten Gesellschaft. Der Bruch hingegen ist der kurze Zeitraum des Sturzes der Herrschaft von Staat und Kapital durch die revolutionären Massen in einem Land oder Region. Es geht dabei nicht um eine bloßes Auswechseln des Regierungspersonals, sondern um eine tatsächliche Zerschlagung des staatlichen Apparats und einen Übergang der gesellschaftlichen Macht auf Selbstverwaltungsorgane

der lohnabhängigen Klasse. Voraussetzung hierfür ist, neben den bereits skizzierten Faktoren, ein fortgeschrittenes Bewusstsein der Massen. Die Gesellschaft muss nicht aus überzeugten Anarchisten und Kommunisten bestehen, aber große Teile der Lohnabhängigen müssen den Bruch wollen oder diesem nicht aktiv im Wege stehen, damit dieser von Erfolg und Dauer gekennzeichnet ist. Der richtige Zeitpunkt für diesen Bruch entsteht durch ein Aushandeln aller revolutionären Kräfte und ist immer auch abhängig von spontanen Erhebungen von nicht organisierten Teilen der Bevölkerung, welche nur bedingt vorhersagbar sind. Es gibt auch Szenarien, in denen der Versuch des Bruchs trotz einer ungünstigen Ausgangslage für die revolutionären Kräfte richtig ist. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn das Fortbestehen der revolutionären Bewegung durch einen Militärputsch oder eine faschistische Machtübernahme existenziell gefährdet ist. So oder so gilt: je geplanter der Prozess ist, je breiter das Bewusstsein, die Selbstorganisation und die Entschlossenheit der lohnabhängigen Klasse zur Revolution ist, desto geringer sind die negativen Folgen und der Verlust von menschlichem Leben, welche letztlich aus den Kämpfen gegen die herrschende, sich mit allen Mitteln an ihre Macht klammernde Klasse resultieren. Dabei muss das Entreißen der Machtmittel der Herrschenden stets der maßgebliche Zweck bleiben. Dies muss dabei unter dem geringstmöglichen Einsatz von Gewalt geschehen. Es ist eine wesentliche Aufgabe, individuelle Rache zu verhindern und eine Ordnung wiederherzustellen. Dies ist auch für die Planung, Organisierung und rasche Umsetzung der gesellschaftlichen Versorgung der Bevölkerung mit essenziellen Gütern wie Nahrung, Wasser, Obdach und Medikamenten zwingend erforderlich. Eine Gesellschaft, die durch einen solchen Bruch in einen chaotischen Zustand gestürzt wird und beispielsweise keinen zeitnahen Zugang zu den obigen Ressourcen in ausreichender Menge erhält, wird die eigentlich gehegten Hoffnungen und den Glauben an die Revolution rasch verlieren. Dies zeigt erneut, wie wichtig Strukturen der Selbstorganisation sind, die möglichst frühzeitig relevante Sektoren der Gesellschaft übernehmen sollten.

VIII. Allgemeine Strategie

1. Aus der notwendigen Art der Transformation hin zu einer kommunistischen Gesellschaft leiten sich allgemeine strategische Ansätze ab:

    1.1. Für eine kommunistische Gesellschaft ist vorerst eine sozialistische Revolution notwendig. Diese kann nur von der unterdrückten Klasse im Kapitalismus vollzogen werden – der lohnabhängigen, arbeitenden Klasse.

    1.2. Dies geschieht auf Grundlage dessen, dass die lohnabhängige Klasse ihre objektive Lage im Produktions- und Reproduktionsprozess und die kapitalistische Logik im Allgemeinen versteht und sich über ihre diversen Unterschiede hinaus als ein Kollektiv mit gemeinsamen Interessen erkennt, damit also zu einem handelnden Subjekt wird (*Klasse für sich*).

    1.3. Ein Bewusstsein der Funktionsweise der Gesellschaft reicht jedoch nicht aus, um sie in die eigenen Hände zu nehmen. Die lohnabhängige Klasse muss Selbstverwaltungsorganisationen aufbauen, die ihr zentrales Kampfmittel sind, welche zum Aufbau von ökonomischer *Gegenmacht* genutzt werden. Gleichzeitig stellen sie das *Fundament* der sozialistischen Gesellschaft dar und in ihr werden bereits Ansätze dieser Gesellschaftsform praktiziert. Vom ersten Tag nach dem revolutionären Bruch übernehmen diese Selbstverwaltungsstrukturen die Verwaltung und Organisation der Gesellschaft. Je breiter diese Strukturen bereits im Kapitalismus aufgebaut wurden, desto erfolgversprechender ist auch die Grundlage für den Sozialismus.

2. Damit der Aufbau einer revolutionären Bewegung ziel- und zweckgerichtet verläuft, muss sich der entschlossenste Teil der Lohnabhängigen zusätzlich in einer formell eigenständigen Organisation versammeln – der *spezifisch anarchokommunistischen Organisation*. Ihre Grundvoraussetzung ist eine innere Kohärenz in der Ausrichtung und Effektivität in der Handlung.

    2.1. *Theoretische Einheit*: Grundlage der inneren Kohärenz ist zunächst die Sicherstellung einer Einheit in der Theorie. Logisch besteht der erste Schritt in der kollektiven Erarbeitung und schließlichen Übereinstimmung in sämtlichen grundlegenden Analysen und Kritiken von Kapital und Staat sowie in daraus abgeleiteten Zielen und Strategien. Daraus erst folgt die Einsicht in die Notwendigkeit einer *spezifisch anarchokommunistischen Organisation*. Als Ergebnis eines solchen Ausarbeitungsprozesses sind diese Thesen in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich nachzulesen. Die Organisation versteht sich somit explizit nicht als Sammelbe-

cken für verschiedenartige anarchistische, anderweitig sozialistische oder sonstige linke Strömungen, sondern definiert sich über ein klar ausdifferenziertes, theoretisch-inhaltliches Profil, ohne dass sich jedes Mitglied zwingend in derselben Ideentradition verortet.

2.2. Unter Voraussetzung der Unverhandelbarkeit der grundlegenden Einsichten in die Funktionsweise des Kapitals und des Staats muss ausgehend von den definierten Grundlagen aktiv am politischen Diskurs teilgenommen, sich mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung auseinandergesetzt und sich gegenüber neuen Erkenntnissen und Perspektiven geöffnet werden. Dabei sind verschiedenste gesellschaftstheoretische Ansätze und Neuerungen in das eigene Denken und Handeln zu integrieren, soweit sie inhaltlich korrekt sind.

2.3. *Taktische Einheit*: Neben einer Einheit in der Theorie betrifft dies auch die Einheit in der Taktik, worunter ein koordiniertes, nach außen geschlossenes Vorgehen zu verstehen ist. Um angesichts der Schnelllebigkeit des politischen Geschehens effektiv kämpfen zu können, ist es für eine revolutionäre Organisation essenziell, schnell und mit den probaten Mitteln reagieren zu können. Diese taktische Ausrichtung ist ebenso wie das theoretische Fundament durch die Mitglieder der Organisation vorab festzulegen, um nicht in akuten und konkreten Situationen immer wieder neu verhandelt werden zu müssen. Nur so ist Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

2.4. *Föderalismus*: Um die Kontrolle durch die Mitglieder an der Basis zu gewährleisten und die Herausbildung einer abgehobenen Bürokratie zu verhindern, muss die spezifisch anarchokommunistische Organisation föderalistisch aufgebaut sein. Sie muss klare formelle Regeln, Zuständigkeiten und Verfahrensweisen formulieren, um Ineffizienz, Intransparenz und informelle Hierarchien zu verhindern. Im Rahmen dieser festgelegten Regeln und auf Basis des gemeinsamen Gesellschaftsverständnisses soll eigenverantwortliches, selbstständiges Handeln ermöglicht werden.

2.5. *Kollektivität*: Die Mitglieder der Organisation brauchen ein gewisses Maß der Selbstdisziplin, um, abhängig von ihren Lebensumständen, verlässlich ihren Beitrag zur Organisation zu leisten. Wenn eine übernommene Aufgabe nicht erledigt werden kann, muss dies transparent kommuniziert werden. Des Weiteren soll durch stetige gegenseitige Kritik und Selbstkritik verhindert werden, dass sich organisationsschädliche Muster festsetzen und die Organisation aufgrund menschlichen Versagens handlungsunfähig wird oder von einem kleinen Kreis von Mit-

gliedern hierarchisch gesteuert wird.

3. Im Rahmen der revolutionären Aktivität wird zwischen zwei zentralen Formen von praktischer Arbeit unterschieden: Einfügung als Betätigung in sozialen Kämpfen und Massenbewegungen sowie Basisarbeit als die konkrete Form des alltäglichen revolutionären Aufbaus.

4. Als zentrales Moment der politischen Praxis ist die *gesellschaftliche Einfügung* zu nennen. Darunter ist eine aktive Partizipation an bereits durch die Massen und aus diesen heraus geführten, gesellschaftspolitischen Kämpfen zu verstehen.

   4.1. Dabei handelt es sich um verschiedenste politische Schauplätze wie Gewerkschaftskämpfe, antiimperialistische und antirassistische Kämpfe und Kämpfe von lohnabhängigen Frauen und Queers. Hierbei gilt: Die Organisation am Arbeitsplatz – und allgemein in den materiellen Kämpfen um Reproduktion und Produktion des Kapitals – ist die notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung einer wirkmächtigen Organisation gegen die kapitalistische Herrschaft. Gemäß dem Organisationsdualismus ist die spezifisch anarchokommunistische Organisation formell unabhängig von den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, aber stets als ein Werkzeug derselben, ausgeübt durch den revolutionärsten Teil der Klasse, anzusehen. Erst in einem zweiten Schritt erfolgt dann die aktive Einbringung in ebendiese Kämpfe. Der Aufbau von Gegenmacht der lohnabhängigen Klasse ist dabei zentral, damit sie selbst die Möglichkeit hat, über ihr Schicksal zu entscheiden. Durch die aktive Partizipation von Revolutionären an den Massenkämpfen ist eine Stärkung und Radikalisierung derselben anzustreben.

   4.2. Diese gesellschaftliche Partizipation erfolgt in der Regel durch einzelne oder mehrere Mitglieder der revolutionären Organisation. Diese Mitglieder sind sowohl in den jeweiligen Massenkämpfen als auch in der spezifisch anarchokommunistischen Organisation aktiv. Idealerweise handelt es sich dabei um gesellschaftliche Konfliktfelder, welche die jeweiligen Organisationsmitglieder tatsächlich selbst betreffen, sei es in Schule, Arbeit, Nachbarschaft oder in sonstigen gesellschaftlichen Sphären. Ein kollektives Auftreten als revolutionäre Organisation ist dabei nicht zwingend erforderlich. Jedoch sollen sich die Mitglieder innerhalb der Massenbewegungen als Revolutionäre zu erkennen geben und analytische Einsichten sowie anarchistisch-organisatorische Prinzipien wie Autonomie, gegenseitige Hilfe und Basisdemokratie aktiv zu stärken versuchen.

   4.3. Bei der Einfügung in soziale Kämpfe sind *regionale*, vor Ort im unmittelbaren Le-

bensumfeld der Organisation und ihrer Mitglieder geführte Kämpfe zu fokussieren. Dies bedeutet ein lokales Agieren und Agitieren in den Betrieben, Schulen, Stadtvierteln, Dörfern und anderen sozialen Räumen. Eine revolutionäre Organisation soll auf diesem Wege örtlich im Lebensalltag präsent und in den sozialen Fragen wirksam und prägend sein. Dies bedeutet nicht etwa eine Abkehr von der Auseinandersetzung mit überregionalen oder internationalen Fragestellungen. Vielmehr erwächst aus der lokalen Stärke auf lange Sicht die Handlungsfähigkeit zur Einmischung in überregionale Kämpfe und zurAusübung internationaler Solidarität.

4.4. Eine Einfügung in die gesellschaftlichen Kämpfe der lohnabhängigen Klasse setzt eine Rückbesinnung auf eine gelebte Solidarität als zentrale Tugend der sozialistischen Bewegung voraus. Darunter lässt sich die Praxis radikaler, gegenseitiger Hilfe in den verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens und autonom von Stellvertreterpolitik bzw. staatlichen- oder privatwirtschaftlichen Strukturen verstehen. Entscheidend ist dabei, sich als in dieser sich selbst zu befreienden Gesellschaft lebende Subjekte zu verstehen und entsprechend zu handeln. Folglich gilt die Praxis allen ausgebeuteten Menschen im unmittelbaren Lebensumfeld der Organisationsmitglieder.

5. Basisarbeit bezeichnet die konkrete alltägliche und kontinuierliche Form des revolutionären Aufbaus an und mit der Basis. Sie beschreibt den Aufbau, die Ausweitung und die Verteidigung der fundamentalen Selbstorganisationsstrukturen in Produktion und Reproduktion des Kapitals der Arbeiterklasse.

5.1. Im Gegensatz zu anderen revolutionär-strategischen Ansätzen setzt die hier definierte Form der Basisarbeit nicht auf sozialdemokratische oder leninistische Stellvertreterpolitik. Zweck und Sinn von Basisarbeit ist die Selbstermächtigung der Arbeiterklasse durch Entwicklung von Gegenmacht bis hin zu ihrer vollständigen Emanzipation und der Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft.

5.2. Die Rolle der anarchokommunistischen Organisation innerhalb von Basisarbeit ist einerseits eine strategische: Im Rahmen der strategischen Überlegungen sind ihre Mitglieder kontinuierlich aktiv am Basisaufbau beteiligt und tragen Wissen und Ressourcen in die Organisationen der Basis. Die zweite zentrale Aufgabe ist zudem die Vermittlung und Schärfung des Klassenbewusstseins. Zuletzt ist sie das zentrale Mittel zum Schutz vor reformistischer oder reaktionärer Korrumpierung und Beeinflussung.

5.3. Im Unterschied zu bewegungsorientierten Ansätzen der Massenarbeit ist Basisarbeit durch den kontinuierlichen Aufbau von Basisorganisationen beständig und

auch effektiv in bewegungsarmen Zeiten. Darüber hinaus ist sie nicht selten das Fundament, auf welchem Massenbewegungen wachsen können.

5.4. Es muss stets klar sein, dass Basisarbeit sich im Widerspruch zwischen tagespolitischen Realitäten und dem revolutionären Anspruch befindet. Es ist daher ein immer wieder auftretender Aushandlungsprozess, wie in den jeweiligen Feldern der Basis agiert werden kann, um Erfolge in konkreten Auseinandersetzungen zu erzielen und zugleich die weitergehende politische Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren.

6. Aus all dem ergibt sich, dass die spezifisch anarchokommunistische Organisation die Verantwortung hat, ihre Inhalte und Strategien gegenüber reformistischen und reaktionären Akteuren innerhalb der Kämpfe der lohnabhängigen Klasse durchzusetzen. Die Organisation muss dazu beitragen, die Selbstermächtigung der Klasse zu fördern, mit dem Ziel, möglichst viele kritische und handlungsfähige Individuen in den Massenkämpfen und Massenorganisationen herauszubilden, welche eine verstärkte Einflussnahme der spezifischen Organisation mit der Zeit überflüssig machen. Schlussendlich trägt die spezifische Organisation im Verlauf der Kämpfe die Aufgabe, unterschiedliche Felder der Selbstorganisationsstrukturen zusammenzuführen und in einer möglichst großen Opposition gegen den Kapitalismus zu verbinden, um eine echte Systemalternative zu schaffen, statt sich in der individuellen Symptombekämpfung oder Fokussierung eines einzelnen Kampfes zu verirren.